

Bürgermeister, Ronny

Völkische Landnahme.

Rechtsextreme Strukturen in ländlich-peripheren Räumen.

Herausforderungen für die Soziale Arbeit und die Zivilgesellschaft.

## **BACHELORARBEIT**

HOCHSCHULE MITTWEIDA

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2022

Bürgermeister, Ronny

Völkische Landnahme.

Rechtsextreme Strukturen in ländlich-peripheren Räumen.

Herausforderungen für die Soziale Arbeit und die Zivilgesellschaft.

eingereicht als

**BACHELORARBEIT**

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA**

---

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2022

Erstprüfer: Prof. Dr. phil. Stephan Beetz

Zweitprüferin: M.A. Soziale Arbeit Friederike Haubold

## Bibliographische Beschreibung:

Bürgermeister, Ronny:

Völkische Landnahme. Rechtsextreme Strukturen in ländlich-peripheren Räumen. Herausforderungen für die Soziale Arbeit und die Zivilgesellschaft.

National land grab. Far right structures in rural-periphery areas. Challenges in the field of social work and society.

44 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,  
Fakultät Soziale Arbeit, Bachelorarbeit, 2022

Referat:

Die Bachelorarbeit beschäftigt sich mit völkisch-nationalistischen Einstellungen sowie der scheinbar weitverbreiteten rechtspopulistischen Vormachtstellung in ländlich-peripheren Räumen.

Schwerpunkte der Arbeit sind die Weltanschauung und die Entwicklung der völkischen Bewegung sowie deren gegenwärtige Aktionsformen in Deutschland; die Besonderheiten prekärer ländlicher Räume und Faktoren für deren Anfälligkeit für völkischen Nationalismus; die Eingriffe und der wachsende Einfluss völkischer Nationalisten auf Gemeinwesen und daraus resultierend, die Herausforderungen für Politik, die Zivilgesellschaft und im Besonderen für die Soziale Arbeit.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>IDEOLOGIE UND ENTWICKLUNG DER VÖLKISCHEN BEWEGUNG.....</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>MERKMALE UND AKTIONSFORMEN DER VÖLKISCHEN SZENE.....</b>	<b>7</b>
3.1	Sippen und völkische Siedler*innen .....	7
3.2	Naturschutz und Ökologische Landwirtschaft .....	9
3.3	Bündisches Leben und Verbindungen in die rechtsextreme Szene .....	11
<b>4</b>	<b>LÄNDLICHE RÄUME UND VÖLKISCHER NATIONALISMUS .....</b>	<b>15</b>
4.1	Begriffliche Einordnung – Sind ländliche Räume abgehängte Räume?.....	15
4.2	Faktoren regionaler Anfälligkeit für völkischen Nationalismus .....	17
4.3	Vormachtstellung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in prekären ländlichen Räumen.....	20
<b>5</b>	<b>INTERVENTIONSVERSUCHE VÖLKISCHER NATIONALISTEN AUF GEMEINWESEN .....</b>	<b>25</b>
5.1	Vorpolitischer Bereich.....	25
5.2	Parteipolitischer Bereich.....	30
<b>6</b>	<b>STRATEGIEN FÜR POLITIK, ZIVILGESELLSCHAFT UND DIE SOZIALE ARBEIT IM UMGANG MIT VÖLKISCH-NATIONALISTISCHEN DYNAMIKEN ..</b>	<b>33</b>
6.1	Empfehlungen zum Umgang mit der AfD auf parlamentarischer Ebene.....	33
6.2	Handlungsempfehlungen für die (organisierte) Zivilgesellschaft .....	34
6.3	Strategien der Sozialen Arbeit im Umgang mit rechten Interventionen.....	36
<b>7</b>	<b>FAZIT .....</b>	<b>42</b>
	<b>LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....</b>	<b>45</b>
	<b>SELBSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG</b>	

# 1 Einleitung

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben in den zurückliegenden Jahren europa- und weltweit an Einfluss gewonnen und sowohl in Politik als auch Gesellschaft Fuß gefasst. Rechte Einstellungen innerhalb der Gesellschaft hat es auch hierzulande schon immer gegeben und sind nicht ungewöhnlich. Die Protagonist\*innen radikaler Kameradschaften und rechtsextremer Parteien waren jedoch meist durch offenen Rassismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus leicht zu identifizieren, weshalb es den meisten Menschen nicht schwerfiel, sich von diesen Gruppierungen zu distanzieren. Rechtspopulistische Einstellungen treten jedoch immer offener zu Tage, was die Erfolge der AfD bei den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen ebenso verdeutlichen, wie rechtspopulistische Aktivitäten innerhalb der (organisierten) Zivilgesellschaft. Europäische und globale Krisen wie die „Euro-Krise 2009 oder die Migrationsbewegungen 2015 und 2022, die Covid-19-Pandemie sowie die aktuell drohende Energiekrise folgen immer schneller aufeinander und haben diese Entwicklung beschleunigt und verstärkt. Spätestens mit der Gründung von Pegida im Jahr 2014 nahmen auch die Medienberichte über „besorgte Bürger“ zu. Gleichzeitig trugen diese Meldungen dazu bei, wöchentlich tausende Menschen zu mobilisieren und damit deren politik-, medien- und menschenfeindlichen Parolen eine Bühne zu bieten. Neben diesen sichtbaren und offen rechtspopulistischen Erscheinungsformen wurde in der medialen Berichterstattung der zurückliegenden Jahre auch immer öfter von „völkischen Raumgreifungsversuchen“ gesprochen. Diese würden darauf abzielen, strukturschwache ländliche Gebiete strategisch zu unterwandern, um den multiethnischen Großstädten zu entfliehen und eine völkische Gemeinschaft zu etablieren, die sich gegen ein liberales Gesellschaftsverständnis richtet. Ziel sei es, durch unauffälligen Aktionismus Anschluss zu finden und so die vorhandenen Alltagsstrukturen langfristig zu beeinflussen und sukzessive autarke nationale Wirtschaftsnetzwerke aufzubauen. Durch Brauchtumspflege, traditionelles Handwerk und heimatverbundenes Auftreten gelinge es den Akteur\*innen völkisch-nationalistische Ideologien zu verbreiten und innerhalb der Bevölkerung zu normalisieren.

Teil der medialen und politischen Debatte sind auch immer wieder ländliche Räume. Diese seien von der dynamischen Entwicklung urbaner Zentren abgehängt und in die Peripherie gedrängt, wodurch die Menschen vor Ort nicht von der allgemein positiven Entwicklung profitieren würden und sich deswegen dem Rechtspopulismus zuwenden. Unter anderem würde sich dies in den Wahlergebnissen widerspiegeln, die ein

deutliches Land-Stadt-Gefälle zeigen, wobei die ländlichen Räume eine höhere Affinität zur AfD aufzeigen.

Mit Blick auf die beschriebenen Debatten soll in der vorliegenden Arbeit der Frage nachgegangen werden, ob und in welchem Maße eine „Landnahme“ durch völkische Nationalisten zu beobachten ist und inwieweit diese eine Bedrohung für die offene Zivilgesellschaft darstellt. Dazu wird zunächst ein Überblick zur Ideologie und Entwicklung der völkischen Bewegung in Deutschland und deren gegenwärtigen Aktionsformen gegeben. In diesem Zusammenhang sollen ebenso Verbindungen zu „Freien Kameradschaften“, rechten Verlagen, Instituten sowie Parteien wie NPD und AfD aufgezeigt werden. Im weiteren Verlauf wird der Frage nachgegangen, ob ländliche Räume per se als abgehängte Räume bezeichnet werden können, welche individuellen Faktoren die regionale Anfälligkeit für völkischen Nationalismus begünstigen und unter welchen Voraussetzungen es zu einer Vormachtstellung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in diesen Gebieten kommen kann. Weiterhin soll verdeutlicht werden, auf welche Weise völkisch-nationalistische Intervention in Gemeinwesen stattfinden können und welche Herausforderungen daraus für Akteur\*innen in Politik und (organisierter) Zivilgesellschaft entstehen. Abschließend werden mögliche Strategien für Politik, Zivilgesellschaft und die Soziale Arbeit im Umgang mit nationalistischen Dynamiken beschrieben.

## 2 Ideologie und Entwicklung der völkischen Bewegung

Da in der vorliegenden Arbeit dem Adjektiv „völkisch“ eine zentrale Rolle zukommt, soll dieses zunächst etwas genauer definiert werden. Im Duden wird der Begriff „völkisch“ mit der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus assoziiert. Ein durch „vermeintliche Rasse“ charakterisiertes Volk betreffend, bzw. „zum Volk als vermeintliche Rasse gehörend“ (vgl. duden.de). Der Fokus auf den Nationalsozialismus ist jedoch etwas irreführend. Zwar avancierte das Adjektiv „völkisch“ unter der NS-Herrschaft zum meistgebrauchten Wort zur Erklärung der nationalsozialistischen Weltanschauung, dabei wird jedoch übersehen, dass die Nutzung des Begriffs bis in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg zurückreicht. Damals wurde dieser als Codewort einer genuinen Weltanschauungsbewegung verwendet (vgl. Puschner 2016: o.S.). Ab Mitte der 1890er Jahre formierte sich die völkische Bewegung, die einen aggressiven hybriden Nationalismus repräsentierte. Diese wurde als Produkt jener unruhigen Übergangszeiten -der totalen Umschichtung aller Daseinsformen- beschrieben, in denen sich Industrie- und Massengesellschaft im Deutschen Reich etablierten und in deren Folge sich ein expandierender Nationalismus ausbreitete. Der vermeintlichen Entwurzelung einer modernen, industriellen Gesellschaft versuchte die völkische Bewegung die Verwurzelung in einer natürlich gewachsenen Gemeinschaft entgegenzusetzen (vgl. Röpke 2020: 6). Diese Reaktion kann als Reflex auf die Industrialisierung und der damit einhergehenden Urbanisierung verstanden werden. Nachhaltige Impulse gingen u.a. vom organisierten Antisemitismus aus, aber ebenso von zeitgenössischen Reformbewegungen und anderen rechten Strömungen (vgl. Puschner 2016: o.S.). Die völkische Bewegung war seit jeher eine Sammelbewegung mit einer Vielzahl an unterschiedlich organisierten Vereinigungen, wie Gilden, Landsmannschaften und zahlreichen Bünden (vgl. Röpke 2020: 6). Daraus ergaben sich verschiedene Verflechtungen mit anderen nationalistischen Strömungen sowie gesellschaftlichen Teilmilieus. Das Netzwerk reichte weit über die eigentliche Bewegung hinaus, wodurch die Verbreitung der völkischen Weltanschauung und einzelner ideologischer Ziele begünstigt wurde. Abgesehen von temporären regionalen Bündnissen, die oft nur Teile der strukturell und ideologisch sehr vielfältigen völkischen Netzwerke integrieren konnten, kam jedoch nie eine Dachorganisation zustande (vgl. Puschner 2016: o.S.). Die Anhänger\*innenschaft der völkischen Bewegung rekrutierte sich anfangs mehrheitlich aus den protestantischen Gebieten des Deutschen Reiches und nach dem ersten Weltkrieg auch zunehmend aus den katholischen Regionen. Insbesondere in den urbanen und industriellen Ballungszentren fanden sich viele Anhänger\*innen in der gebildeten, hyperideologischen Mittelschicht. Diesen gehörte

eine große Zahl von Journalist\*innen, Professor\*innen, Beamt\*innen und Rechtsanwält\*innen an, welche als Ideologieproduzent\*innen und Multiplikator\*innen der völkischen Weltanschauung dienten. Jene Szene, die während dieser Zeit einige Standardwerke publizierte, wurde später von Armin Mohler, einem Vordenker der „Neuen Rechten“, als „Konservative Revolution“ bezeichnet (vgl. Nowak 2021: 8). Die Bewegung war bestimmt von einem bildungsbürgerlichen, stark männlich geprägten Sozialprofil. Der Frauenanteil lag im mittleren einstelligen Prozentbereich, was auf den unterschiedlich stark ausgeprägten Antifeminismus in den völkischen Organisationen zurückzuführen war (vgl. Puschner 2016: o.S.). Vor dem Hintergrund der offenen Strukturen in dieser heterogenen Sammelbewegung gelang es zu keiner Zeit, sich auf eine genaue Inhaltsbestimmung des Begriffes „völkisch“ zu verständigen. Einigkeit bestand indes in ihrem antidemokratischen und autoritären Ordnungsdenken sowie Rassekonzepten, die zwischen biologistischen und spiritualistischen Auffassungen schwankten. Die biologistische Variante stellte sich dabei als beherrschend heraus und bildete die Grundlage für das Weltanschauungsgebäude. Mit ihrem Rassendogma waren die Vertreter\*innen völkischer Bewegungen vermeintlich dazu in der Lage, Vergangenheit und Gegenwart zu erklären sowie die Zukunft vorherzubestimmen. Alle wesentlichen ideologischen Elemente ihrer Weltanschauung standen mit diesem Dogma in Verbindung. Die Blut- und Boden-Ideologie vereinte Rasse und Raum und behauptete eine von Natur vorgegebene körperliche, geistige, seelische und mentale Prägung der Rasseindividuen und -kollektive (vgl. ebd.). Auf Grundlage der Germanenideologie und dem „Ursprungsmythos“, dass sich das „Volk“ seit dessen Entstehung nahezu unverändert homogen erhalten habe, wurde ein Überlegenheitsanspruch und eine „schicksalhafte Vorsehung“ für das „deutsche Volk“ konstruiert und imperiale Herrschaftsansprüche legitimiert (vgl. Nowak 2017: 6). Rassehygienische und sozialdarwinistische Erkenntnisse dienten als Grundlage und gaben die Strukturen, Normen und Werte in den Bereichen Staat, Gesellschaft, Geschlechterordnung, Erziehung, Kultur etc. vor. Auf diesen Grundlagen wurde ein berufsständisch verfasstes Gemeinwesen und Großreich mit einem Führer angestrebt, welcher von einem neuen Rasse-Adel unterstützt und kontrolliert werden sollte (vgl. Puschner 2016: o.S.). Dem gegenüber standen in der dualistischen völkischen Weltanschauung eine Reihe von Bedrohungen und Feindbildern, welche in einer aggressiven Hasssprache zum Ausdruck kamen. Die völkischen Bewegungen sahen in Liberalismus, Individualismus, Urbanismus, Demokratie, Sozialismus, Pazifismus etc. deutliche Anzeichen für gefährliche Fehlentwicklungen in der Gegenwart. Deutsche, die derlei Strömungen unterstützten und sich der Volksgemeinschaft nicht unterwarfen, galten als „innere Feinde“, die den Erhalt des Volkes störten (vgl. Schmidt 2014: 6).



Antiromanismus, Antislawismus und vor allem Antisemitismus waren wesentliche Elemente der völkischen Weltanschauung. Vor dem Hintergrund der sehr heterogenen Dynamiken innerhalb der völkischen Bewegung stellte der Antisemitismus ein verbindendes Element dar und war fester Bestandteil der meisten Bewegungen. Unterschiede gab es lediglich in der Ausprägung des antisemitischen Aggressionspotentials. Einigkeit bestand indes bezüglich einer lebensbedrohenden jüdischen Gefahr und damit einhergehenden Forderungen nach Entrechtung, Segregation und Ausweisung (vgl. Puschner 2016: o.S.). In Zeiten der Weimarer Republik bestand bereits eine sehr heterogene völkische Szene, die sich aus Parteien, bündischen Jugendverbänden, Studentenbewegungen und esoterisch-spirituellen Organisationen zusammensetzte. Zudem versuchten einzelne Bewegungen, wie die „Artamanen“, völkische Siedlungsprojekte in ländlichen Räumen aufzubauen. (vgl. Nowak 2017: 7f).

Der völkische Antisemitismus ging dem Nationalsozialismus voraus und bildete gewissermaßen die Grundlage für den völkisch-nationalsozialistischen Ideologietransfer. Einige prägende Akteur\*innen der nationalsozialistischen Weltanschauung wie beispielsweise Alfred Rosenberg oder Heinrich Himmler wurden in der völkischen Bewegung ideologisch sozialisiert. Adolf Hitler nahm die ihm erreichbaren völkisch-rassistischen Ideen auf, die schon lange vor ihm und ohne ihn im völkischen Milieu existierten, um sie in seine Weltanschauung einzubetten. Die NSDAP sah sich jedoch nicht als Teil einer völkischen Bewegung, vielmehr beanspruchte man Alleinvertretungsansprüche in Bezug auf den Begriff „völkisch“. Dementsprechend war das Verhältnis zwischen NSDAP und völkischen Gruppen ab der Mitte der zwanziger Jahre sehr angespannt. Die nationalsozialistische Bewegung setzte sich gegen Ende der 1920er Jahre gegen die völkische Bewegung durch. Der Begriff „völkisch“ wurde in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit zusehends mit nationalsozialistisch und insbesondere mit der Person Adolf Hitler identifiziert (vgl. Puschner 2016: o.S.).

Die große Mehrheit der jüngeren Völkischen liefen zum Nationalsozialismus über, wohingegen viele der „Altvölkischen“ eine kritische Distanz wahrten. Vor allem jene, die ihre Zukunftsagenda durch „Volksbildung“ und „Erziehung zum völkischen Denken“ verwirklichen wollten, sahen im parteipolitischen Weg des Nationalsozialismus keine adäquate Methode, um ihre Ziele zu erreichen. Durch die Dominanz des Nationalsozialismus wurden die Völkischen zunehmend aus der Öffentlichkeit verdrängt. Einzelne Vereine wurden in den Herrschaftsapparat integriert, Andere, die eine Konkurrenz zum Nationalsozialismus darstellten, wurden ebenso verboten, wie jene Organisationen, die abweichende Positionen vertraten (vgl. Nowak 2017: 8).

Die völkische Bewegung gilt nicht nur als unmittelbarer Wegbereiter des Nationalsozialismus, sondern reicht mit ihren Denkmustern weit darüber hinaus, in die Jahrzehnte vor 1918 und seit 1945 (vgl. Puschner 2016: o.S.).

Auch in der Zeit nach 1945 blieb die völkische Ideologie in der rechten Szene verbreitet. Zahlreiche Organisationen, Gilden und patriotische Bünde wurden reaktiviert, Andere wurden neu gegründet. Die Akteur\*innen kamen in Vertriebenenstrukturen zusammen und schulten sich in eingeschworenen Verbänden, wie der „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ oder dem „Bund für Deutsche Gotterkenntnis“, auch „Ludendorffer“. Beide Gemeinschaften gelten als rechtsextrem, völkisch-religiös und antisemitisch (vgl. Hellwig 2020a: 13).

Jahrzehntelang wurde einschlägiges Brauchtum und völkisches Gedankengut auf diese Weise weitertransportiert und hielt Einzug in Alltagswelt, Kultur und Kindererziehung. Eine besonders mobilisierende und stabilisierende Wirkung entfaltete die völkisch-rechtsextreme Jugendarbeit, welche an die Tradition des völkischen Flügels bündischer Jugendbewegungen der Weimarer Republik und der „Hitler-Jugend“ anschloss.

Neben einer Reihe alteingesessener völkischer Sippen, die bereits über Generationen ihre Ideologie bewahrt haben, siedeln sich auch immer mehr junge Familien in ländlichen Räumen an, um an alte Traditionen anzuknüpfen (vgl. Hellwig 2020a: 14). Die völkische Szene ist auch in der Gegenwart sehr ausdifferenziert und reicht in fast alle Gesellschaftsbereiche hinein. Neben den bereits genannten Erscheinungsformen setzt sie sich aus Vereinen, Organisationen, Verlagen und Parteien zusammen, wobei die Grenzen hierbei fließend sind. Aufgrund der DDR-Geschichte ist die Entwicklung der völkischen Bewegung nach 1945 in den ostdeutschen Gebieten schwerer nachzuvollziehen. Der Begriff „Volk“ spielte gerade in jenem System eine tragende Rolle. Begriffe, wie Volksarmee und Volksbildung dienten auch der Entdifferenzierung und der Verschleierung von Konflikten in der Öffentlichkeit. Trotz der begrifflichen Ähnlichkeiten stand dies dem völkischen Verständnis von „Volk“ in vielen Punkten entgegen. Die völkische Szene der BRD beobachtete die Entwicklungen in der DDR sehr genau und machte im „Wegweiser“, einer Ausbildungsschrift der HDJ, bereits zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 auf die „tausenden nationalen Menschen“ aufmerksam, die „für ihre Freiheit demonstrieren“ (vgl. Röpke/Speit 2021: 63).

### 3 Merkmale und Aktionsformen der völkischen Szene

#### 3.1 Sippen und völkische Siedler\*innen

Als völkische Siedler\*innen werden extrem rechte Personen mit völkischer Ausrichtung bezeichnet, die sich in Familienverbänden und mit Gleichgesinnten in ländlichen Räumen ansiedeln, um eine unabhängige, rückwärtsgewandte Lebensweise zu führen. Ein rechtschaffendes und einfaches Leben wird dem „degenerierten, kosmopolitischen Großstadtleben“ vorgezogen (vgl. Lehnert 2020: 45). Sie erscheinen häufig wie altmodische, alternative Aussteiger\*innen in traditioneller Kleidung. Sie üben oft seltene traditionelle Berufe in Handwerk und Landwirtschaft aus und praktizieren eine agrarromantische Lebensführung (vgl. Geschke: 70; Röpke/Speit 2021: 9). Ihre Weltanschauung geht zurück auf das rassistisch-antisemitische Denken der völkischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie vertreten die Ansicht, dass nur Menschen mit einer „reinen“ deutschen Abstammung, einer blutsmäßigen Verbundenheit, dem „Volkskörper“ angehören können und das sich jede\*r Einzelne gegenüber dem Wohl des „Volkes“ unterordnen muss. Ebenso ist die „Blut und Boden“-Ideologie fester Bestandteil ihrer Weltanschauung. Sie leben nach der Vorstellung, dass dieser „Volkskörper“ mit einem bestimmten Gebiet, dem „Lebensraum“ verbunden ist, woraus ein natürliches Anrecht auf dieses Gebiet abgeleitet wird (vgl. Schmidt 2014: 6). Aufgrund niedrigerer Grundstückspreise, einem geringeren Ausländeranteil und einer vermeintlich weniger kritischen Öffentlichkeit sehen sie in dünnbesiedelten Gebieten bessere Handlungsmöglichkeiten, um ihre Weltanschauung praktisch zu leben (vgl. ebd. 7). Ein liberales Gesellschaftsverständnis wird ebenso abgelehnt, wie die Idee der Gleichheit aller Menschen, demokratische Einstellungen, unterschiedliche sexuelle Orientierung, unkonventionelle Lebensweisen und Migrant\*innen. Sie fürchten eine „Überfremdung“ der Gemeinschaft, die in letzter Konsequenz den „Volkstod“ herbeiführen würde (vgl. ebd. 6). Häufig stammen die Siedler\*innen aus völkischen „Sippen“, wurden ideologisch geschult und haben eine gefestigte Weltanschauung, die seit Generationen weitergegeben wird. Völkische Siedlungsprojekte finden sich im ganzen Bundesgebiet, ihre Konzepte sind praxisorientiert sowie zukunftsgerichtet und zielen darauf ab, die Alltagskultur langfristig zu beeinflussen (vgl. Schmidt 2014: 8). Völkische Siedler\*innen kaufen alte Immobilien, wie Bauern- oder Gutshöfe, setzen diese instand und engagieren sich gleichzeitig im Alltagsleben der Gemeinden. Sie versuchen bewusst Anschluss zu finden und ihre Ideen ins dörfliche Zusammenleben einfließen zu lassen. Ihre sehr praktische Lebensweise hilft ihnen dabei, an vorhandene Sozialstrukturen anzuknüpfen. Häufig haben sie zudem einen starken Bezug zum Naturschutz und der ökologischen Landwirtschaft. Gerade in prekären ländlichen Räumen, denen es an

kulturellen und sozialen Ereignissen mangelt und die von Verwaltungsstrukturen vernachlässigt werden, ist die Gefahr groß, dass Siedler\*innen eine Vormachtstellung einnehmen und so politischen Einfluss erlangen (vgl. ebd. 8).

Das völkische Denken ist geprägt von sehr starren, tradierten Geschlechterrollen und entspricht dem Bild einer heteronormativen „Volksgemeinschaft“. Die Rolle der Frau ist dabei untrennbar mit der Mutterrolle verbunden, da völkische Frauen erst dadurch eine vermeintliche Aufwertung ihrer Rolle erfahren. Dabei gilt der Satz *„Die Arbeit ehrt die Frau wie den Mann, das Kind aber adelt die Mutter“*. Den Frauen kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, den Fortbestand der „Volksgemeinschaft“ zu sichern und ihren Männern den Rücken zu stärken (vgl. Schmidt 2014: 10). Wobei diese Rolle vornehmlich auf häusliche Arbeit, die Pflege von Brauchtum, das Gebären von Nachwuchs sowie der Erziehung im Sinne völkischer Ideale ausgerichtet ist (vgl. Nowak 2017: 17, Geschke 2020: 71). Feminismus, Emanzipation sowie die Selbstbestimmung der Frau werden in der völkischen Szene als Feindbilder betrachtet, die Geburtenrückgang und Abtreibung und damit langfristig auch den „Volkstod“ zu verantworten haben. Werden Frauen aus der völkischen Szene beruflich aktiv, dann zumeist in sozialen Arbeitsfeldern, wie Pflege, Bildung oder Erziehung. Häufig sind das die einzigen Berührungspunkte zur „Außenwelt“, da ihnen ideologisch die private Sphäre, im Sinne der „Sippe“, zugeschrieben ist (Nowak 2017: 18). In der Außenwahrnehmung wirken diese Frauen sehr engagiert und fürsorglich. Dadurch erscheint es oft unvorstellbar, sie mit extrem rechter Ideologie in Verbindung zu bringen. Diesen Umstand machen sich völkische Aktivist\*innen zunutze und gehen gezielt in pädagogische Bereiche, um sich langfristig zu etablieren und rechtsextrem zu agitieren (Nowak 2017: 18).

Im Gegensatz zu den Frauen wird von den Jungen und Männern erwartet, dass sie stark und streng gegenüber sich selbst und Anderen sind, dass sie sich abhärten gegen „hereinströmende Fremde“ und „den inneren Verfall infolge von Umerziehung und Verweichlichung“ (vgl. Röpke/Speit 2021: 88f). Bereits in der Kindererziehung wird diese geschlechterspezifische Rollenverteilung vermittelt. Die Kinder sollen früh lernen, wie sich Jungen und Mädchen zu verhalten haben (vgl. Nowak 2017: 17). Das Konstrukt der „Volksgemeinschaft“ ist der Ausgangspunkt der völkischen Erziehung, in deren Sinne die Kinder diszipliniert werden müssen. Innerhalb dieses Konstruktes gelten die Unterordnung und der „Dienst am Ganzen“. Eine individuelle Persönlichkeitsentwicklung der Kinder ist nicht erwünscht und wird auch nicht gefördert (vgl. Lehnert 2020: 46). Der Erhalt der „Sippe als Keimzelle des Volkes“ hat in der völkischen Ideologie allerhöchste Priorität. Aus diesem Grund bestehen die Familien häufig aus Vater, Mutter und möglichst vielen, gesunden Kindern, welche im völkischen Sinne erzogen werden. Die

Erziehung der Kinder orientiert sich oft an sehr autoritären Erziehungsstilen, die das Ziel verfolgen, die Kinder früh abzuhärten, wenig Schwäche zuzulassen. Die Eltern nutzen ihre Autorität, um den Lebenslauf ihrer Kinder entscheidend mitzugestalten, im Besonderen gilt dies für Mädchen. Diese müssen häufig lange Röcke, Blusen und Zöpfe tragen und „weiblichen“ Freizeitaktivitäten, wie Handarbeit, nachgehen. Jungen sollen stattdessen hart und soldatisch auftreten. Nach Möglichkeit sollen die Kinder umfassend vom „Ungeist“ der Moderne ferngehalten werden, was mitunter so weit geht, dass im Elternhaus deutsch gesprochen werden muss und das Verwenden von Fremdwörtern unter Strafe steht. Aus Internet wird dann „Weltnetz“ und aus dem T-Shirt wird das „T-Hemd“ (vgl. Nowak 2017: 19; Röpke/Speit 2021: 88). Der fortwährende Drill, der elterliche Zwang zur Selbstisolation, die Verheimlichung eines Doppellebens und das ständige Misstrauen gegenüber Mitmenschen können schwerwiegende Folgen für die Kinder haben. Die Dissonanzen zwischen vermittelter Ideologie und Lebensweise im Elternhaus und externer Erfahrungen in nicht-neonazistischen Sozialisationsinstanzen kann zu Loyalitätskonflikten führen und die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder stark einschränken (vgl. Röpke/Speit 2021: 84).

### 3.2 Naturschutz und Ökologische Landwirtschaft

Das die Themen Naturschutz, Heimatschutz und Volksschutz innerhalb der völkischen Bewegung von zentraler Bedeutung sind, wurde bereits unter Punkt 2 deutlich gemacht. Die deutsche Natur- und Umweltschutzbewegung entwickelte sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts aus einem konservativen, zivilisationskritischen Verständnis heraus. Neben einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Stadtleben war auch eine rassistisch und antisemitisch aufgeladene Grundeinstellung vorhanden (vgl. Nicolaisen/Passeick 2018: 5). Mithilfe der ideologischen Vorarbeit durch den „Bund Heimatschutz“ konnten auch die Nationalsozialisten ökologische Ideen in ihren faschistischen Staat einbauen. Mit dem „Reichsnaturschutzgesetz“ wurde die erste juristisch fixierte Grundlage für Naturschutz festgeschrieben (vgl. Schmidt 2014: 19). Nach dem Zweiten Weltkrieg schien es, als hätten „grüne Themen“ eine vorwiegend linke Ausrichtung, doch das schließt nicht alle Akteur\*innen ein, denn stets spielten grüne Themen auch unter rechtsextremen Parteien und Gruppierungen eine Rolle, die von der rechtsextremen NPD bereits 1967 aufgegriffen wurde. Im ersten Grundsatzprogramm der Partei wurde unter anderem der Schutz des Waldes gefordert (vgl. Röpke/Speit 2021: 104).

Mit Alwin Seifert, ehemaliger Reichslandschaftsanwalt, und Baldur Springmann, ehemaliges SA-Mitglied und Mitbegründer der Partei „Die Grünen“, sollen hier nur zwei prominente Vertreter der völkischen Bewegung genannt werden, die sich aktiv für

Naturschutz und ökologischen Landbau einsetzen (vgl. Kauhausen/Passeick 2020: 43). Sie sahen den Menschen als Teil der Natur und diese wiederum nicht einfach nur als Umwelt, sondern als „Mitwelt“. Es bedurfte daher eines ökologischen Bewusstseins, um das Volk nicht seiner Substanz zu berauben (vgl. Franke 2020: 79). Im Laufe der Zeit wurde der bereits genannte Dreiklang um einen weiteren Punkt, den Tierschutz, ergänzt und lautete fortan: „Umweltschutz = Tierschutz = Heimatschutz = Volksschutz“. Dieses Verständnis von Ökologie vertritt auch die völkische Szene, denn damit dient es, im Sinne der „Blut und Boden“- Ideologie, dem Erhalt des deutschen Volkes und seines Lebensraums (vgl. Schmidt 2014: 19; Hellwig 2020a: 32). Das Thema Tierrechte ist zum einen sehr anschlussfähig in unpolitischen Kreisen und zum anderen besonders dafür geeignet, antisemitische und rassistische Ressentiments zu verbreiten. So verurteilte die NPD-nahe Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ das betäubungslose Schächten der muslimischen und jüdischen Tradition als besonders grausam (vgl. Schmidt 2014: 19). Ökolandbau steht für den Schutz von Natur und Umwelt und ist damit im völkischen Milieu sehr relevant. Eine intakte Natur gilt als Lebensgrundlage des Volkes, weshalb wirtschaftliche Interessen dem Naturschutz untergeordnet werden sollen. Eine Strategie, um das zu erreichen, ist die sukzessive Abkoppelung von internationalen Märkten und die Einführung sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe (vgl. Franke 2020: 79f). Insbesondere die Anastasia-Bewegung und völkische Siedler\*innen in der Tradition der „Artamanen“, auf die im folgenden Kapitel noch genauer eingegangen wird, stehen für das Ideal der ökologischen Landwirtschaft. Diese sind zum Teil auch gewerblich in regionalen Bio- und Ökoproduktnetzwerken aktiv (vgl. amadeu-antonio-stiftung.de; Röpke/Speit 2021: 24). Akteur\*innen aus diesem Spektrum unternahmen zudem gezielt Versuche, lokale Initiativen gegen Gentechnik und Atomenergie sowie solidarische Landwirtschaftsnetzwerke zu unterwandern (vgl. Hellwig 2018: 8). Die Zeitschrift „Die Kehre“ möchte die „Ökologie aus ganzheitlicher Perspektive betrachten“ und „der aktuell stattfindenden Verengung auf den Klimaschutz“ entgegenwirken. Eine „Lehre der gesamten Umwelt“ schließe „Kulturlandschaften, Riten, Brauchtum, also auch Haus und Hof“ mit ein. Verantwortlich für „Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz“ zeichnet Jonas Schick, aus der rechtsextremen Identitären Bewegung. Ziel der Redaktion ist es nicht nur im eigenen Spektrum das ökologische Denken voranzutreiben, sondern auch auf die ökologische Szene jenseits davon einzuwirken. Gelingen soll das durch populäre, anschlussfähige Themen, wie Vegetarismus, zunehmendes Artensterben oder Windkraft (Vgl. Röpke/Speit 2021: 29f).

### 3.3 Bündisches Leben und Verbindungen in die rechtsextreme Szene

Es wurde bereits in Kapitel 2 darauf hingewiesen, dass es noch immer eine große Zahl an völkischen Bünden und Gilden gibt. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist es jedoch nicht möglich, detailliert auf das differenzierte Bild aller Erscheinungsformen einzugehen. Deshalb sollen an dieser Stelle nur einige sehr einflussreiche Verbindungen und deren wesentliche Inhalte beschrieben werden.

Wie eingangs bereits erwähnt wurde, leisteten die „Artamanen“ Pionierarbeit in der völkischen Szene, vor allem in Bezug auf die völkischen Siedler\*innen. Die Bezeichnung „Artamanen“ bezieht sich auf den 1926 im völkischen Milieu gegründeten „Bund Artam“, dessen Ziel es war, konkrete Siedlungsprojekte im Osten des Deutschen Reiches umzusetzen (vgl. Nowak 2017: 15). Mit dem Konzept „Zurück zur Scholle“ wollte man durch die Erschaffung ökonomischer und autarker Siedlungen der Landflucht entgegenwirken, die als Folge der Industrialisierung eintrat. Gleichzeitig sollten dadurch die polnischen Saisonarbeiter aus den Ostprovinzen verdrängt werden (vgl. Röpke 2020a: 7). Seit den 1990er Jahren versuchen einige Gruppen sogenannter „Neo-Artamanen“ oder „Neusiedler“ die Gebiete der „Alt-Artamanen“ zu reaktivieren (vgl. Nowak 2017: 15; Schmidt 2014: 25).

Die 1951 gegründete „Artgemeinschaft-Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) als neonazistische, sektenähnliche, religiös-völkische Organisation beschrieben, die mit vielen rechtsextremen und neurechten Gruppierungen vernetzt ist. Der Verein erfülle eine Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Strömungen extremer Rechter. Die „Artgemeinschaft“ hat einen starken Bezug zur nordisch-germanischen Mythologie und nutzt deren heidnische Symbole. Das „Artbekenntnis“ und das „Sittengesetz unserer Art“ bilden die rassistischen und sozialdarwinistischen Grundpfeiler des selbsterklärten „Kampfverbandes“. Darin ist festgehalten, wie ein „artgerechtes“ Leben auszusehen habe. „Art“ steht hierbei synonym für „Rasse“. Das Leben sei von „ewigen, ehernen“ Naturgesetzen bestimmt, welche die „Verschiedenheit“ der „Menschenarten“ prägen. Anhänger\*innen der „Artgemeinschaft“ werden dazu angehalten „gleichgeartete Gatten“ zu wählen, um „gleichgeartete Kinder“ zu zeugen. Des Weiteren gebietet das „Sittengesetz“ der Organisation „Zuneigung gegenüber Verwandten, Freunden und Gefährten. Wachsamkeit und Vorsicht gegenüber Fremden“ sowie „Härte und Hass gegen Feinde“. Nur so kann die „germanische Art“ gewahrt und gemehrt werden (vgl. Nowak 2017: 14f; Röpke/Speit 2021: 76). In Anlehnung an vermeintlich germanische Bräuche werden regelmäßig „Jahreslauf feiern“ zelebriert, vor allem die Sonnenwenden im Juni und Dezember. Für die „Artgläubigen“ ist es von

besonderer Wichtigkeit alte Bräuche zu erhalten, da diese an die ewigen Gesetze sowie den Kreislauf des Lebens und der Natur erinnern. Bei dieser Art der Brauchtumpflege sollen immer auch Strukturen des Eigenen und des Fremden ihren Ausdruck finden und zudem das Gefühl der eigenen Höherwertigkeit deutlich gemacht und gestärkt werden. Die Anhänger\*innen der „Artgemeinschaft“ gehören dieser Vereinigung im wahrsten Sinne des Wortes von der Wiege bis zur Bahre an. Diese besondere Art der Zugehörigkeit zeigt sich in den Feiern der „Lebenskreise“, welche sich aus der „Lebensleite“ für die ganz Kleinen, gefolgt von der „Jugendleite über die „Eheleite“ bei Heirat und ganz zuletzt die „Todesleite“ zusammensetzen (vgl. Röpke/Speit 2021: 92f). Der „Bund für Gotterkenntnis-Ludendorff“ bezieht sich auf das Ehepaar Erich und Mathilde Ludendorff, die eine völkisch-spirituelle Weltanschauung entwarfen und diese über den hauseigenen „Ludendorff-Verlag“ verbreiteten. Erich Ludendorff war General im Ersten Weltkrieg. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte das Ehepaar zu den zentralen Protagonist\*innen der völkischen Bewegung. Erich Ludendorff nahm außerdem am Hitlerputsch 1923 in München teil. Seine 1927 formulierten „Kampfziele“ machen die Juden für alles Unheil verantwortlich und fordern ein Großdeutsches Reich. Mathilde Ludendorff wurde auch als „Urgroßmutter des deutschen Antisemitismus“ bezeichnet. Kernelement ihrer Ideologie stellt der „Abwehr- und Vernichtungskampf“ gegen „überstaatliche Mächte“ dar. Dazu zählen Freimaurer, Jesuiten, die katholische Kirche und vor allem das Judentum. In ihren rassistisch-religiösen Schriften legte sie unter anderem dar, dass die nordischen „Lichtrassen“ dem Göttlichen nahe, die „Schachtrassen“ dagegen unvollkommen und sündhaft seien. Die „Erkenntnis“ des Göttlichen ist demnach „rassespezifisch“. Eine „Vermischung der Völker“ darf es nicht geben, denn das sei ein verschwörerischer Plan der „überstaatlichen Mächte“. Dieser Plan zielt auf die „Schwächung der Völker“ ab und wird von einem „einweltlerisch-multikulturellen Antirassismus“ unterstützt. Die „Ludendorffer“ sehen sich selbst als Glaubensgemeinschaft. Die „Gotterkenntnis“ ist jedoch eine Ersatzreligion, in der pseudo-religiöse Versatzstücke mit rassen- und verschwörungsideologischen Wahnvorstellungen verbunden werden (vgl. Nowak 2017: 11; Röpke/Speit 2021: 89f).

Die recht junge, doch zunehmend populärer werdende spirituelle „Anastasia-Bewegung“ ist keine Bewegung in der bisher benannten völkischen Tradition, sondern eher als rechtseoterisches, ökologisches New Age einzuordnen. Die Ursprünge der Bewegung gehen auf die Fantasy Romane des russischen Schriftstellers Wladimir Megre zurück (vgl. Geschke 2020: 69). Die Bücher enthalten neben zahlreichen antisemitischen, menschenfeindlichen und diskriminierenden Positionen auch allerhand esoterische Irrlehren sowie das Konzept der „Familienlandsitze“. Im deutschsprachigen Raum hat



sich in den zurückliegenden Jahren eine gutvernetzte Szene gebildet, die die Ideologie der Romane in die Realität umsetzen will und in der es große personelle Überschneidungen ins völkische Milieu gibt (vgl. Hellwig 2020a: 17). Unter anderem gibt es Verbindungen zu den „Ludendorffern“ und zu völkischen Jugendbünden wie dem „Sturmvogel“. Milieu- und gruppenübergreifend stellt man sich Anwesen, Wälder und Wiesen für diverse Zwecke zur Verfügung (vgl. Röpke/Speit 2021: 154-160). Im Zuge gesamtgesellschaftlicher Modernisierungs- und Veränderungsprozesse erweist sich die Anastasia-Bewegung als besonders anschlussfähig an esoterische sowie ökologische Themen (vgl. Pöhlmann 2020: 33f).

Eine wichtige Verstärkerfunktion zur Vermittlung der völkischen Ideologie kommt den Jugendbünden zu. Sie machen die „Volksgemeinschaft“ erlebbar und unterstützen die häusliche völkische Erziehung, indem sie für Familien und Kinder ab 7 Jahren unterschiedliche Freizeitangebote schaffen (vgl. Hellwig 2020a: 26). Zu ihren Aktivitäten gehören neben Brauchtumpflege, Zeltlager und Sonnenwendfeiern ebenso das Vermitteln rechter Propaganda sowie Wehrsportübungen (vgl. Nowak 2017: 12). Die Heranwachsenden sollen in nationalistischen Organisationen und rechtsextremen Bünden Stärkung unter Gleichgesinnten finden. Dort paart sich die ideologische Indoktrination der Kinder mit der Förderung entsprechender Werte wie Kameradschaft, Treue und Disziplin. Damit setzt in der Regel ein totalitärer Zugriff auf die Kinder ein, der den ohnehin schon sehr hohen Druck durch die elterliche Erziehung noch übersteigt (vgl. Lehnert 2020: 47; Röpke/Speit 2021: 86). Nach dem Zweiten Weltkrieg vermied man einen offenen Bezug auf den Nationalsozialismus, um ein Verbot dieser Jugendbünde zu umgehen und verwies stattdessen auf die weit zurückreichende Tradition der völkischen Bewegung (Nowak 2017: 8; Röpke/Speit 2021: 9). Vor allem in der „Heimatreuen Deutschen Jugend (HDJ)“ und der „Wiking Jugend (WJ)“ waren völkische Sippen stark vertreten. Ein großer Teil der völkischen Szene wurde in diesen Bünden geschult und schickte später den eigenen Nachwuchs in Zeltlager rechter Jugendgruppen wie dem „Sturmvogel“ oder dem „Freibund“. Diese entstanden infolge des Verbotes von „HDJ“ und „WJ“ nach deren Vorbild und sind heute noch aktiv, da die personellen Netzwerke von diversen Verboten unberührt blieben (vgl. Hellwig 2020a: 13; Röpke/Speit 2021: 83). Diese Bünde unterliegen einem stark funktionalen Grundsatz, dessen Ziel es ist, ideologisch gefestigte rechtsextreme Aktivist\*innen zu formen, die ihr Leben in den Dienst der „Volksgemeinschaft“ stellen (vgl. Hellwig 2020a: 24f). Viele bekannte Vertreter\*innen der rechten Szene nahmen in ihrer Kindheit an Veranstaltungen rechter Jugendorganisationen teil und wurden später selbst Gruppenführer\*innen (vgl. Nowak 2017: 12). Somit fungieren völkische Jugendbünde als angesehene

rechtsextreme Kaderschmieden, denen eine wichtige Scharnierfunktion zwischen neurechten und nationalkonservativen Kreisen zukommt (vgl. Schmidt 2014: 10). Verbindungen bestehen in nahezu alle Bereiche des rechten Spektrums, in „Freie Kameradschaften“ ebenso wie zu Verlagen, Publizisten, der Identitären Bewegung (IB) sowie NPD und AfD (vgl. Geschke 2020: 70). In Bezug auf die AfD soll hier vor allem der mittlerweile aufgelöste „Flügel“ der Partei genannt werden. Unter Björn Höcke, dem Landesvorsitzenden der AfD in Thüringen, wurde mit dem völkisch-nationalistischen „Flügel“ eine enorme innerparteiliche Hausmacht etabliert, von dem sich die Partei nicht distanzieren kann, weil er sie mittlerweile dominiert (vgl. Röpke 2020a: 8; Röpke/Speit 2021. 16). Eine tragende Rolle für den völkisch-nationalistischen Ideologietransfer kommt dem „Institut für Staatspolitik“ (IfS) zu, welches auch als Denkfabrik der „Neuen Rechten“ bezeichnet wird. Mitbegründer Götz Kubitschek gilt als umtriebiger und gut vernetzter Aktivposten der Szene und lebt selbst nach „völkischer“ Manier. Kubitschek zog 2002 mit seiner Familie bewusst in die ostdeutsche Provinz und begründete diese Entscheidung damit, dass es dort kaum Migrant\*innen gäbe und noch ein „deutscher Geist“ vorherrsche. Seine Kinder sind zum Teil in der „Identitären Bewegung“ aktiv und besuchten als Heranwachsende die Lager des „Freibundes“ (vgl. Röpke 2020b: 22). Im Jahr 2007 appellierte er in seiner Zeitschrift „Sezession“ direkt an junge nationalistische Familien, es ihm gleichzutun und leerstehende Gehöfte aufzukaufen, um dann als „Anführer vor Ort“ im Sinne des „Nationalen Sozialismus“ „etwas aufzubauen“. Das rechte Kampagnenprogramm „Ein Prozent für unser Land“ unterstützt seit 2015 ebenfalls dieses Vorhaben und ermunterte junge „Pioniere“ zur „patriotischen Raumnahme“. Zu diesem Zweck erwirbt der Verein Grundstücke, vorzugsweise in Sachsen-Anhalt und Thüringen (vgl. Hellwig 2020a: 15; Röpke 2020b: 23). Die 2020 gegründete Initiative „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ fordert dazu auf, von „den multiethnischen Gebieten Westdeutschlands in die noch weitestgehend autochthon geprägten Regionen Mitteldeutschlands“ zu ziehen. Dort soll dann „eine Zukunft unter Deutschen“ aufgebaut werden. Laut Kira Ayyadi, vom Netz für digitale Zivilgesellschaft-Belltower News, wirken dabei völkische Neonazis im Hintergrund, die selbst in HDJ und NPD sozialisiert wurden, nun diese Art der Lebensführung praktizieren und proaktiv Gleichgesinnte anwerben (vgl. Ayyadi 2022: o.S.). Neben der gezielten Anwerbung nationaler Familien macht es sich die Initiative zur Aufgabe, Interessenten mit Einschätzungen zur Region sowie dem Immobilien- und Arbeitsmarkt zu unterstützen und Kontakte zu rechten Strukturen vor Ort zu vermitteln (vgl. Kulturbüro Sachsen 2021: o.S.).

## 4 Ländliche Räume und völkischer Nationalismus

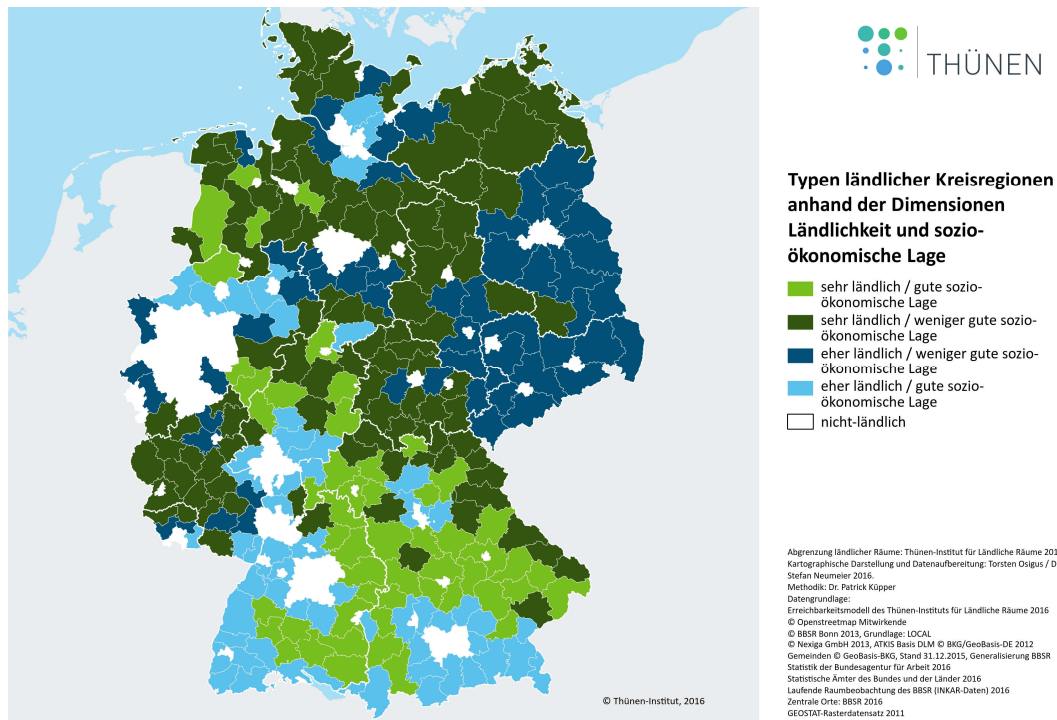
### 4.1 Begriffliche Einordnung – Sind ländliche Räume abgehängte Räume?

Seit einiger Zeit gibt es eine medial und politisch geführte Debatte über räumliche Dynamiken in Bezug auf rechte Orientierungen und Diskurse. Regionale Ungleichheiten bezüglich der Lebensverhältnisse in Deutschland werden dabei benannt, wobei immer wieder ländliche Räume in den Fokus der Debatte geraten (vgl. Berg/Üblacker 2020: 9). Diese seien von der positiven und dynamischen Entwicklung urbaner Zentren „abgehängt und in die Peripherie gedrängt“, was wiederum zur Folge habe, dass die dort lebenden Menschen von der allgemein positiven Entwicklung nicht profitieren würden und sich deswegen dem Rechtspopulismus zuwenden (vgl. Deppisch et al. 2020: 41). Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist diese sehr vereinfachte Sicht strittig. Um zu erfahren, ob es gerechtfertigt ist, pauschal von „dem abgehängten Raum“ in Deutschland zu sprechen, soll zuerst einmal der Frage nachgegangen werden, was der Begriff „ländliche Räume“ überhaupt meint. Da keine allgemeingültige Definition des ländlichen Raumes existiert, wird an dieser Stelle auf eine Definition des Thünen-Instituts zurückgegriffen, die verschiedene Aspekte vereint. Demnach ist die Ländlichkeit *„tendenziell umso ausgeprägter, je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je geringer das Bevölkerungspotential und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren ist“*. Das Thünen-Institut unterscheidet neben der Ländlichkeit noch anhand einer zweiten Dimension, der sozioökonomischen Lage. Dazu zählen u.a. Einkommen, Beschäftigung, Bildung, Wohnen und Gesundheit.

Auf Grundlage der Dimensionen Ländlichkeit und sozioökonomische Lage werden vier Raumtypen charakterisiert:

- sehr ländlich / gute sozioökonomische Lage
- sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage
- eher ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage
- eher ländlich / gute sozioökonomische Lage

Bereits auf dieser groben Ebene der Unterscheidung wird in der Abbildung (Abb. 1) deutlich, dass es einen homogenen ländlichen Raum nicht gibt, sondern vielmehr eine Vielfalt von ländlichen Räumen existiert. Außerdem zeigt sich, dass es in allen Bundesländern ländliche Räume mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage gibt. Flächendeckend gilt dies für alle ländlichen Räume in den ostdeutschen Bundesländern (vgl. Deppisch et al. 2020: 42f).



**Abbildung 1:** Typen ländlicher Kreisregionen anhand der Dimensionen Ländlichkeit und sozioökonomische Lage (Deppisch et al. 2020: 43).

Doch was bedeutet es, wenn in den ländlichen Räumen der ostdeutschen Bundesländer eine weniger gute sozioökonomische Lage vorherrscht? Beispielsweise ist die Zahl der Arbeitslosen in diesen Gebieten höher und die verfügbaren Einkommen privater Haushalte niedriger, außerdem ist die kommunale Steuerkraft geringer (vgl. ebd. 45). Positiv hervorzuheben sind jedoch die flächendeckend sehr hohe Betreuungsquote für Kinder und der sehr geringe Anteil an über 65-Jährigen, die Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen müssen. Ländliche Räume im Osten Deutschlands sind also nicht grundsätzlich schlechter als andere Gebiete. Es erfordert jedoch eine differenzierte Betrachtung und Einordnung der hier genannten Stärken und Schwächen (vgl. Deppisch et al. 2020: 45). Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Regionen wird deutlich, dass diese durch eine große Heterogenität gekennzeichnet ist. Eine Reihe ländlicher Kreisregionen im Osten Deutschlands weisen Wanderungsverluste auf, hier nimmt die Bevölkerungszahl stetig ab. Abwanderung ist wiederum oft mit dem Prozess der Peripherisierung verbunden. Das bedeutet, dass die vorhandene Infrastruktur kaum die Lebensqualität aller Bewohner\*innen sichern kann und die schlechten Arbeitsbedingungen sowie niedrigen Löhnen mit geringer ökonomischer Wertschöpfung einhergehen. Diese Orte gibt es ebenso in Großstädten. Der Begriff Peripherisierung ist also keine Zuschreibung im Sinne von „abgelegener Ort“, sondern nimmt die Prozesse in den Blick, die zur Abwanderung aus diesen Gebieten führen (vgl. Beetz 2018: 13).

Es gibt jedoch auch gegenteilige Tendenzen in ländlichen Räumen, sogenannte Suburbanisierungstendenzen. Vor allem im Umland einiger Großstädte wie Hamburg, Stuttgart oder Frankfurt ist eine Nettozuwanderung in ländlichen Räumen zu verzeichnen. Von einer generellen Abwanderung oder einer „Landflucht“ kann daher keine Rede sein (vgl. Deppisch et al. 2020: 47). Eine weitere überraschende Erkenntnis ist, dass die Arbeitslosenquote zwischen 2001 und 2015 in 94 Prozent aller Kreisregionen gesunken ist. Insbesondere in Sachsen und Thüringen ist ein vergleichsweise starker Rückgang zu verzeichnen. Allerdings müssen diese Befunde vorsichtig interpretiert werden, da auch eine „passive Sanierung“ eine Erklärung für den Rückgang sein kann. Damit ist gemeint, dass der Rückgang der Arbeitslosenquote möglicherweise nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftliches Wachstum zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf ein sinkendes Arbeitskräfteangebot. Möglich wird dies beispielweise dadurch, dass die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er-Jahre, die in den Arbeitsmarkt eingestiegen sind, nur zu einem geringen Teil die geburtenstärkeren Jahrgänge derer, die nun ins Rentenalter gekommen sind, ersetzen konnten. Zudem sind viele qualifizierte Arbeitskräfte in andere Regionen abgewandert, wodurch die Arbeitslosenquote ebenfalls positiv beeinflusst wurde (vgl. ebd. 48).

Es lässt sich festhalten, dass ländliche Räume nicht per se als „abgehängte“ oder prekäre Räume bezeichnet werden können, da diese in sehr vielfältiger Form existieren. Es wird jedoch auch deutlich, dass es vor allem im Osten Deutschlands Regionen mit einer eher schlechten sozioökonomischen Lage gibt (vgl. ebd. 49). Aufgrund vielfältiger Faktoren sind besonders in den „abwärtsdriftenden“ und „abwanderungsstarken“ Regionen Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sehr ausgeprägt, vor allem in den Dimensionen Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie (vgl. Beetz 2018: 13). Diese Mentalitäten schaffen eine Legitimation für rechtsextreme Einstellungen auch hinsichtlich des Wahlverhaltens der Bürger (vgl. Heitmeyer 2014: 132).

#### 4.2 Faktoren regionaler Anfälligkeit für völkischen Nationalismus

Laut Helmut Kellershohn vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) sind *„wesentliche Bestandteile des völkischen Nationalismus ein Verständnis von Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung [...] der Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Führerkult“* sowie *„ein dichotomisches Freund-Feind-Denken“* und *„ein biopolitisches Verständnis des Volkskörpers“* (Kellershohn 2014: o.S.).

Nationalismus und im Besonderen völkischer Nationalismus galten in Deutschland aufgrund der NS-Vergangenheit lange Zeit als problematisch. In der Öffentlichkeit trat Nationalismus zumeist in einer gedämpften Form und eher situativ auf, zum Beispiel bei der Fußball-WM 2006. Anders scheint sich das in der Wähler\*innenschaft der AfD darzustellen, in der zum Teil ein sehr selbstbewusster nichtapologetischer Nationalismus vertreten wird. Für die Partei hat das Nationale Priorität: „Wir wollen Deutsche sein und bleiben“ hieß es bereits 2016 in der Präambel der AfD. Die Erfolge der Partei sind bundesweit unterschiedlich verteilt. Es ist bekannt, dass es ein deutliches Land-Stadt-Gefälle gibt, wobei ländliche Räume eine höhere Affinität zur AfD aufzeigen (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 47). Während die AfD bei der Bundestagswahl 2021 durchschnittlich auf 10,3% der Zweitstimmen gekommen war -und damit ca. 2,3% gegenüber 2017 verlor- erzielte sie in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt durchschnittlich 22,7% und legt im Vergleich zu 2017 sogar noch leicht zu. Allein in diesen drei Bundesländern erzielte die Partei sechzehn Direktmandate, davon zehn in Sachsen. Sowohl in Thüringen als auch Sachsen wurde die AfD stärkste Partei in Bezug auf die Zweitstimmen, in Sachsen-Anhalt landete sie knapp hinter der CDU auf Platz zwei (Bundeswahlleiter 2021). Doch wo liegen die Gründe für das (Wieder-)Aufkommen des völkischen Nationalismus? Gesellschaftliche Veränderungen betreffen nicht alle sozialen Gruppen im gleichen Ausmaß. In ländlichen Räumen leben weniger einkommens- und bildungsstarke Personen, die wiederum stärker von wirtschaftlichen und infrastrukturellen Veränderungen betroffen sind. Erfahrungen von Deklassierung, Prekarisierung und Abstiegsängsten können zu milieuspezifischen Protestformen führen (vgl. Beetz 2018: 14). Als eine Art Notwehrreaktion kam es zum Teil zu einer Abkehr sozial Schwächerer und Arbeiter\*innen, die sich traditionell von eher linken Parteien vertreten sahen hin zu rechten Parteien. Der Rechtsruck in bestimmten Regionen liegt zum Teil auch daran, dass bestimmte Gruppen einen Statusverlust durch Gleichstellungspolitiken befürchten. Dies sind oft reaktionäre Gruppen lokaler und konservativ geprägter Klassen, die sich als Globalisierungsverlierer wahrnehmen und von moderner Politik nicht adäquat repräsentiert sehen (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 52f). Allerdings ist die AfD nicht die Partei der kleinen Leute. Arbeiter\*innen bilden eher eine Minderheit unter den AfD-Anhänger\*innen. Hauptsächlich wird die Partei von Personen mittleren Bildungsstandes und eines leicht überdurchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens gewählt, die ihre persönliche Situation als „sehr gut“ oder „gut“ bezeichnen. Die durchschnittliche Wähler\*innenschaft sind weder Modernisierungsverlierer noch besonders arm, besonders ausgebeutet oder unglücklich. Allerdings zeichnet sich eine Spaltungssachse innerhalb der Mittelschicht ab: Eine akademisch ausgebildete urbane Mittelschicht, die sich zunehmend in die globale

Oberschicht integriert und eine eher ländlich angesiedelte mittlere und untere Mittelschicht, die ein unbedingtes Interesse am Erhalt eines exklusiv nationalen Wirtschafts- und Wohnraums hat. Es sind Menschen, die den Eindruck haben, kurz davor zu sein, etwas zu verlieren (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 54f). In den ländlichen Regionen, die durch Abwanderung der transnational tätigen bürgerlichen Milieus und der transnationalen Arbeiter\*innenmilieus gekennzeichnet sind, verdichtet sich ein Milieu von Etablierten, die sich abgehängt fühlen. Diese lokal gebundenen Milieus werden von rechten Narrativen besser vertreten, weil sie neben ökonomischen Machtverhältnissen auch das gesamte sozialmoralische und kulturelle Fundament anprangern (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 77). Im Grunde gehe es bei dem Ruck nach rechts auch *„um den Ausdruck einer weißen Identitätspolitik, die Privilegien aus der Vergangenheit zu restaurieren versucht“*, so die Jenaer Soziologin Silke van Dyk (vgl. van Dyk 2019: 30, zit. nach Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 55). Zudem sei ein Rechtsruck eine „normale Pathologie“ im Rahmen multipler Modernisierungen innerhalb postsozialistischer Gesellschaften. Gravierende strukturelle Veränderungen führten zu einem Misstrauen gegenüber Regierung und politischen Parteien sowie dem Wunsch nach politischen Lösungen, die eine Rückkehr zu einer besseren Vergangenheit in Aussicht stellen (vgl. ebd. 56). Deindustrialisierung, demographischer Wandel und die zunehmende Armut sind Problemlagen, die allgemein mit einem Rechtsruck korrelieren. Da diese jedoch fast flächendeckend auf ländliche Räume im Osten Deutschlands zutreffen, erklären sie allein nicht die graduellen Unterschiede innerhalb des Ostens (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 77).

Aktuelle Studien, wie die Leipziger Autoritarismus Studie und die „Mitte Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen eine zunehmende „Demokratieunzufriedenheit“ in Teilen der Bevölkerung, die mit dem Gefühl einher geht, sich von der Politik nicht vertreten und dadurch politisch machtlos zu fühlen (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 71). Die Unzufriedenheit und das Misstrauen in die Demokratie sind komplex und regional verankert. Das Forschungsprojekt „Fremde im eigenen Land?“ führte Interviews und Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Städten Sachsens durch, in denen lokale demokratische Aktivitäten sowie Hindernisse politischen Engagements im Fokus standen. Als ein zentrales Problem stellte sich dabei die sächsische Kreisreform aus dem Jahr 2008 heraus. Deren Auswirkungen wie Rückzug des Staates in Form von Polizei und Rettungskräften sowie dem Rückbau öffentlicher Infrastruktur, unter anderem des öffentlichen Nahverkehrs, mit negativen Konsequenzen einhergehen. Die Zusammenlegung und Vergrößerung der Landkreise haben maßgeblich zu einer Schwächung der demokratischen Partizipation in diesen Regionen beigetragen. Aus ehemals 1600 Gemeinden wurden 419 und aus 48 Landkreisen zehn. Die Zahl der

ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen ging erheblich zurück, zudem ist ein steter Rückgang der Wahlbeteiligung beobachtbar. Einerseits ist es die Reduzierung der Anzahl an Kommunalpolitiker\*innen, die dazu führt, dass Demokratie weniger erfahrbar wird und andererseits die Vergrößerung der Fläche einer politischen Einheit im Zusammenhang mit dem Abbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Gerade jungen immobilen Menschen und Senioren mangelt es an Orten politischer Auseinandersetzung und an Möglichkeiten der Teilhabe (vgl. ebd. 73f; Beetz 2018: 14).

Die AfD inszeniert sich in ländlichen Räumen als „Kümmererpartei“ und wirbt für mehr direkte Demokratie. Dabei nutzt die Partei die strukturellen und lokalen toxischen Faktoren, indem sie diese zu einer maßgeblichen Unzufriedenheit „des Volkes“ stilisiert und verstärkt. Es zeigt sich auf Wahlkampfveranstaltungen der AfD, dass sie vor allem dort gut ankommt, wo sich Wähler\*innen zurückgestellt fühlen, wo Frustration, Enttäuschung und Unzufriedenheit erfolgreich hergestellt und zugleich durch andere Identifikationsangebote aufgefangen werden können (vgl. Dellenbaugh-Losse et al. 2020: 74-78).

#### 4.3 Vormachtstellung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in prekären ländlichen Räumen

Prekäre ländliche Räume sind Räume mit weniger guter sozioökonomischer Lage (siehe Punkt 4.2), die durch eine hohe Abwanderung junger qualifizierter Menschen, Überalterung, schrumpfende soziale Infrastruktur, fehlende Finanzkraft und fehlende Arbeitsplätze gekennzeichnet sind. In Teilen Ostdeutschlands ist zudem die Abwanderungsquote junger Frauen höher als die junger Männer, wodurch mancherorts die Herausbildung männerbündischer Gesellungsformen und Subkulturen begünstigt wurde. Gerade diese sprechen wiederum in besonderer Weise auf rechtsorientierte Agitationen an. Je ländlicher die Region, desto geringer ist auch der Anteil der dort lebenden jungen Menschen, was durch die anhaltende Abwanderung noch verstärkt wird. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in reduzierten Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, einer maroden Infrastruktur in sämtlichen Lebensbereichen des Alltags, einem Mangel an attraktiven Freizeit- und Kulturangeboten sowie der weitverbreiteten rechtspopulistischen Stimmungslage, die andersdenkenden das Bleiben erschwert (vgl. Simon 2020: 156ff).

Der Begriff des Rechtspopulismus ist im Unterschied zum offen demokratiefeindlichen Rechtsextremismus eher unscharf umrissen. In der „Mitte Studie“ wird Populismus als ein „*Wenden an das Volk und Sprechen für das Volk*“ beschrieben. Der Populismus sei in seiner Grundstruktur durch zwei Antagonismen gekennzeichnet: Einem vertikalen



Antagonismus, welcher zwischen „den Eliten“ (Politik, öffentlich-rechtliche, Wissenschaft) und dem (moralisch überhöhten, reinen und ehrlichen) „Volk“ unterscheidet. Daneben zeichnet sich ein horizontaler Antagonismus ab, welcher zwischen einem homogen gedachten „wir“ und „den anderen“ unterscheidet. Dieses abstrakte Gerüst kann sich durch unterschiedliche Ideologien aufladen. Folgt man dieser Erklärung, dann richtet sich Rechtspopulismus auf der vertikalen Achse gegen das „System“ aus Medien, Politik, dem „links-grünen Mainstream“ und auf der horizontalen Achse gegen „die Fremden“. Somit geht Rechtspopulismus einher mit Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit (vgl. Berghan et al. 2021: 44ff).

Die eingangs genannte weit verbreitete rechtspopulistische Stimmungslage in prekären ländlichen Räumen zeigt sich in ganz Deutschland und ist kein Phänomen, dass sich auf den Osten der Republik reduzieren lässt. In Wahlkreisanalysen zur Bundestagswahl 2017 wurde deutlich, dass die AfD bundesweit von einer lokalen politischen Kultur profitiert, in der sich Demokratieverdrossenheit sowie rechtspopulistisches Denken und Handeln normalisiert haben. Im Jahr 2019 belegte die Studie „Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology“, in der die Wahlergebnisse aus den rund 11000 Gemeinden in Deutschland mit den Wahlerfolgen der NSDAP in den 1930er Jahren verglichen wurden, dass es eine starke Korrelation gibt zwischen den Orten, in denen damals die NSDAP gewählt wurde und Orten, in denen heute vermehrt die AfD gewählt wird. Die Studie erklärt keine Ursachen in Bezug auf die Wahlerfolge der AfD, aber sie bestätigt die Persistenz einer „kulturellen Tradition von rechtsgerichtetem, rechtspopulistischem Denken“ (vgl. Röpke/Speit 2021: 13). Durch die eingefügte DDR-Geschichte lassen sich derartige Kontinuitäten für ostdeutsche Sozialräume nur eingeschränkt nachweisen. Allerdings können auch hier Orte identifiziert werden, die bereits in den 1930er Jahren überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte für die NSDAP und nach 1990 überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien zu verzeichnen haben. Allerdings weisen nicht alle heutigen Hochburgen des Rechtspopulismus die Persistenz einer kulturellen Tradition auf. Im Südosten Brandenburgs wird beispielsweise deutlich, dass sowohl SPD als auch Die Linke starke Verluste zugunsten der AfD hinnehmen mussten. Einer der Hauptgründe dafür wird in der ökologisch ausgerichteten Energiepolitik dieser Parteien gesehen, wodurch sie in den Braunkohlegebieten diskreditiert wurden. In allen östlichen Wahlkreisen Brandenburgs dominieren nun Rechtspopulist\*innen (vgl. Simon 2020: 160f). Noch stärker ist die Dominanz der AfD in Sachsen, wo sie auch im Vergleich mit den anderen östlichen Bundesländern Spitzenwerte erzielte. Bei den Bundestagswahlen 2021 wurde die AfD, mit Ausnahme der Großstädte Leipzig, Dresden und Chemnitz

sowie dem Vogtlandkreis, stärkste Partei in allen Wahlkreisen des Freistaates und holte zehn der sechszehn Direktmandate (Bundeswahlleiter 2021).

In ländlichen Räumen haben sich vielerorts Haltungen etabliert, die sich in ausgeprägten Abschottungsbedürfnissen sowie in Konventionalismus, Autoritarismus, Homophobie und Rassismus äußern. Dadurch werden potenzielle Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus geboten. Vor allem prekäre ländliche Räume bieten Rahmenbedingungen, die die Entfaltung rechtsextremer Erlebniswelten und parteigebundener Jugendkultur begünstigen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die zunehmende Verödung der Kinder- und Jugendkultur in strukturschwachen Dörfern (vgl. Simon 2020: 163). Eine weitere Besonderheit liegt in der großen Nähe bzw. Sozialkontrolle, innerhalb der Ortschaften, wodurch die Homogenität der Dorfgemeinschaft und die Abwehr unkonventioneller Lebensstile gefördert werden. Diese Verpflichtung gegenüber der\*m Nächsten leitet sich ab von einer „Nahmoral“, welche wiederum einen erhöhten Konformitätsdruck erzeugt. Typisch ist zudem eine interne Klärung von Konflikten. Die Öffentlichkeit bzw. Expert\*innen von außen werden ebenso gemieden wie staatliche Repressionsorgane. Gelingt es Rechtsextremen, sich als integriert und angepasst darzustellen und sich im Interesse der Gemeinschaft zu engagieren, greift vielerorts eine Schweigespirale, die zu einer Normalisierung dieser Zustände beiträgt. Man scheut sich davor rechte Umtriebe offen zu thematisieren, um den „guten Ruf“ des Dorfes zu wahren. Andersdenkende können sich dann nicht mehr wahrnehmbar artikulieren oder werden selbst zur „Zielscheibe“ und als Nestbeschmutzer bezeichnet (vgl. ebd. 163-165).

Da Rechtsextremismus kein homogenes ideologisches Konzept darstellt, gibt es dafür auch keine einheitliche Definition. Die Amadeu-Antonio-Stiftung benennt den Begriff als Oberbegriff für politische Einstellungen, welche die Demokratie und die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnen. Zentraler Bestandteil der Ideologie ist die Orientierung an einer ethnischen Zugehörigkeit. Gruppen, die nicht ins Weltbild passen, werden abgelehnt. Formen dieser Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind beispielsweise Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Weitere Bestandteile sind Sozialdarwinismus, Autoritarismus, Geschichtsrevisionismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus. In „Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ beschreibt Wilhelm Heitmeyer den Begriff als:

*„eine Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und Gruppen, die soziale, psychische und physische Abwertung, Diskriminierung und Ausgrenzung erzeugen soll. Damit verbunden ist Gewaltakzeptanz und Gewaltanwendung als zentrale Regelungsmechanismen gesellschaftlicher Verhältnisse und Konflikte.“*

Heitmeyer konzentriert sich weniger auf Parteipropaganda, sondern vor allem auf die Interaktionsprozesse zwischen gesellschaftlichen Akteur\*innen (vgl. Heitmeyer 2014: 131). Daraus ergibt sich ein Analysemodell, welches im Wesentlichen sechs Prozesse beschreibt, die in Wechselwirkung zueinanderstehen:

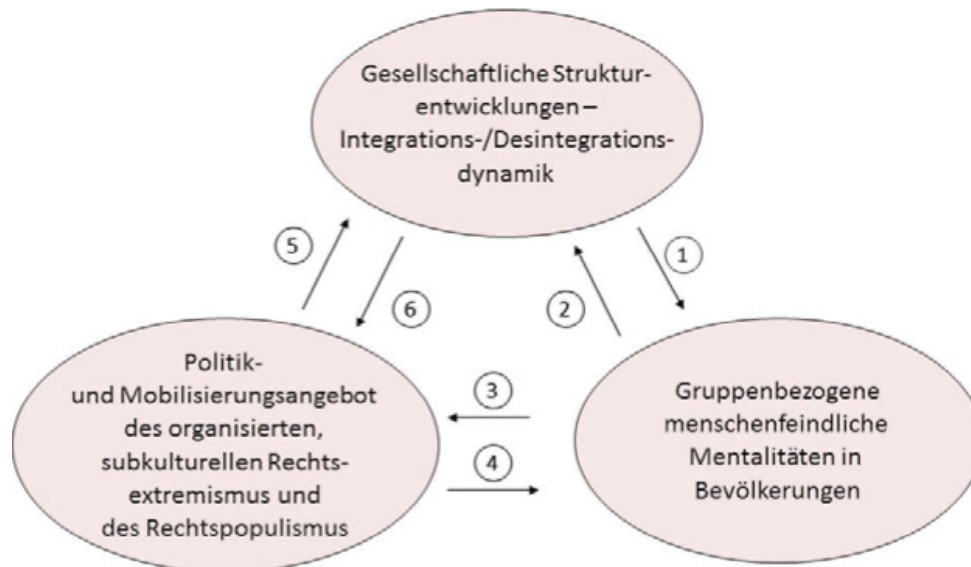


Abbildung 2: Prozesszusammenhänge (Heitmeyer 2014: 132)

- Prozess 1: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung wird durch politische Entscheidungen, die soziale Desintegration in der Gesellschaft erzeugen, verstärkt.
- Prozess 2: Das soziale Klima und die demokratische Kultur in den Sozialräumen werden durch menschenfeindliche Mentalitäten negativ verändert.
- Prozess 3: Menschenfeindliche Mentalitäten legitimieren rechtspopulistische Aktivitäten sowie organisierten und subkulturellen Rechtsextremismus.
- Prozess 4: Organisierter Rechtsextremismus bietet ein Wahlangebot, welches an Desintegration und Demokratieentleerung anknüpft → rechtspopulistisches Mobilisierungspotential ist dabei von besonderer Bedeutung.
- Prozess 5: Gesellschaftliche Entwicklungen der Desintegration werden vom organisierten Rechtsextremismus ebenso skandalisiert, wie Effekte des autoritären Kapitalismus. Lokale und regionale Wahlerfolge führen zu einer Normalisierung von rechtsextremistischen Parteien in Teilen der Bevölkerung.
- Prozess 6: Gegenreaktion: Staatliche Repression sowie zivilgesellschaftliche Intervention müssen in komplexer Dynamik der Interaktion gedacht werden (vgl. Heitmeyer 2014: 132).

Im Kampf um den öffentlichen Raum wird zudem das „Raumkonzept“ vom organisierten und vom bewegungsförmigen Rechtsextremismus (z.B. Freie Kameradschaften) propagandistisch stark forciert. Dabei werden vier Stadien unterschieden.

- Provokationsgewinne → beispielsweise über Medien
  - Räumungsgewinne → z.B. gegenüber Asylbewerbern
  - Raumgewinne → Besetzung von öffentlichem Raum
  - Normalisierungsgewinne → Teile der Bevölkerung bzw. Wähler
- (vgl. Heitmeyer 2014: 134f).

Des Weiteren beschreibt Heitmeyer einen Kreislauf, der die Bedrohung durch Rechtsextremismus in ländlichen Räumen verdeutlichen soll. An erster Stelle steht die Bedrohung durch Gewalt von rechtsextremistischen Gruppen gegenüber Angehörigen schwacher Gruppen. Zweitens ist es die Bedrohung durch offene oder verdeckte Akzeptanz von partei- oder bewegungsförmigem Rechtsextremismus in der Bevölkerung. Drittens tragen Akzeptanz, Gleichgültigkeit und Angst in der Bevölkerung zur Legitimation von bedrohender Gewalt und zur Beschädigung der demokratischen Kultur im Gemeinwesen bei. Das „Raumkonzept“ und die verschiedenen Verhaltensweisen der Gruppen in den unterschiedlichen Sozialräumen signalisieren den Bedrohungsgrad durch Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. So gesehen stellen sich bei Bedrohungen in ländlichen Räumen komplexe Zusammenhänge her, an dem alle Bewohner des Sozialraumes in aktiven und passiven Rollen beteiligt sind. In strukturschwachen, abwärtsdriftenden Regionen verdichten sich in vielfacher Weise die Bedrohungen im Sinne des soeben beschriebenen Bedrohungskontextes. Die Bedrohungen kommen meistens von „innen“, wenn sich radikalisierte Milieus als Bewahrer von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Daraus resultieren häufig „Angstzonen“, die zu „national befreiten Zonen“ werden können, mit dem Effekt, dass Gewalt gar nicht mehr notwendig ist. Um den lokalen Kampf um Räume und damit zum Teil die Bedrohung durch Gewalt zu praktizieren, benötigen rechtsextremistische Gruppen spezielle gesellschaftliche Voraussetzungen wie Desintegrationsprozesse und Einstellungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer 2014: 142f). Radikalisierte Bewegungen versuchen sich in ländlichen Räumen zu verankern. Dies gelingt durch Gelegenheitsstrukturen wie günstige Immobilien oder abgelegene, nicht einsehbare Grundstücke. Die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sind auf Grund der kleinteiligeren politischen Strukturen einfacher. Einzelne Personen oder kleine Gruppen können so in lokalen Gesellschaften gezielt Einfluss nehmen. Initiativen, wie „Ein Prozent für unser Land“ oder „Zusammenrücken in Mitteldeutschland“ (siehe Punkt 3.3), haben diese Möglichkeiten erkannt und handeln gezielt (vgl. Beetz 2018: 14).

## 5 Interventionsversuche völkischer Nationalisten auf Gemeinwesen

### 5.1 Vorpolitischer Bereich

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln angeführt wurde, bieten sich gerade in peripheren ländlichen Räumen Gelegenheitsstrukturen, in denen bodenständige, engagierte Neuankömmlinge ganz unpolitisch begrüßt werden. Durch die Übernahme ehrenamtlicher Positionen in Vereinen, Schulen oder Kindergärten gelingt oft der Anschluss an lokale Strukturen. Völkische Akteur\*innen zeigen ihr kulturelles Engagement z.B. durch die Organisation von traditionellen Volksfesten oder (Kunsthandwerks-) Märkten, womit sie die oft brach liegenden Kulturlandschaften prekärer Räume neu beleben. Die Ausrichtung traditioneller, heidnischer Feste wie Sonnenwendfeiern werden zudem oft als willkommene Bereicherung im Dorfalltag wahrgenommen. Diese dienen jedoch vordergründig der Brauchtumpflege und der internen Vernetzung (vgl. Geschke 2020: 71; Röpke 2020a: 4f). Neben den bisher beschriebenen, eher verdeckten Interventionsversuchen völkischer Siedler\*innen gibt es noch andere Methoden der extremen Rechten, um im vorpolitischen Bereich an Einfluss zu gewinnen. Beispielsweise werden immer neue Gelegenheitsfenster wie die Fluchtbewegungen 2015 sowie 2022, die Corona-Politik oder steigende Energiepreise genutzt, um mit rechtspopulistischen Interventionen an die vorhandenen Konflikte in den gesellschaftlichen Subsystemen anzudocken (vgl. Greef et al. 2020: 120f9). Die „Otto Brenner Stiftung“ veröffentlichte in ihrem Arbeitsheft (Nr. 102) im Jahr 2020 unter dem Titel „Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts“ einige Beobachtungen zu Versuchen rechter Agitation in verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit. An den Beispielen „Soziale Unterstützungssysteme/Wohlfahrtsverbände“ sowie „Sport“ und „Kultur“ sollen im Folgenden einige dieser Beobachtungen beschrieben werden.

Im Bereich der „Sozialen Unterstützungssysteme und der Wohlfahrtsverbände“ finden Eingriffe von rechts auf verschiedenen Ebenen statt. Auf Verbandsebene zielen Angriffe darauf ab, die Legitimation der Wohlfahrtsverbände infrage zu stellen und deren Rolle als wertebasierte Akteur\*innen einer offenen und vielfältigen Gesellschaft zu schwächen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen finanzstarke Akteur\*innen in der Antidiskriminierungs- und Flüchtlingspolitik (vgl. Greef et al. 2020: 60-74). Auf Einrichtungsebene konnten bisher zwei Varianten rechter Interventionen beobachtet werden. Die erste Variante ist die Vereinnahmung bzw. Instrumentalisierung einzelner Projekte, Maßnahmen oder sogar ganzer Einrichtungen. Dafür bedarf es jedoch Mitarbeiter\*innen, die die jeweilige Einflussnahme unterstützen. Dies geschieht beispielweise durch medienwirksames Vermarkten von Spendengeldern für soziale

Zwecke, nicht selten mit der Einschränkung, dass diese nur deutschen Bedürftigen zugutekommen sollen. Ein großes Problem dieser Kampagnen ist, dass die betroffenen Einrichtungen Spenden häufig nicht detailliert zurückverfolgen können, da sie von „Stroh Männern“ oder unscheinbaren Firmen getätigt werden, weshalb diese dann nicht als „rechts“ erkannt und abgelehnt werden können. Ein weiteres Problem besteht darin, dass rechtsextreme Akteur\*innen sowohl die Annahme als auch die Ablehnung von Spendengeldern medienwirksam inszenieren können, wahlweise als Kümmerer oder als Opfer. Die zweite Variante besteht in externen Gegeneinrichtungen oder Gegenprojekten. Werden beispielsweise Spendengelder für „Die Tafel“ offiziell abgelehnt, kann in Form einer „Suppenküche für Bedürftige“ ein Gegenprojekt initiiert werden, das zum einen die Ernsthaftigkeit des eigenen sozialen Engagements unterstreicht und zum anderen die ausgrenzende Haltung der Wohlfahrtsverbände kritisiert (vgl. Greef et al. 2020: 66ff). Auf der Ebene der Mitarbeiter und Ehrenamtlichen hat es schon immer Einzelfälle von rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen und Handlungen gegeben. Sowohl Intensität als auch Häufigkeit haben jedoch zugenommen, da sich die Grenzen „des Sagbaren“ immer weiter verschieben. Diese Beobachtungen gelten für alle Einrichtungsarten. Die Bandbreite reicht dabei von subtilen Aktionen, wie dem Verwenden einschlägiger Logos, bis hin zu offenem Hass und Hetze. Die Monatszeitung „Deutsche Stimme“ der NPD veröffentlichte bereits im April 2010 einen Artikel, in dem dazu aufgerufen wurde, verstärkt in erzieherischen Berufen tätig zu werden. Tatsächlich lässt sich anhand vieler Beispiele ein zielgerichtetes Vorgehen rechter Akteur\*innen in diesem Bereich nachverfolgen. Derzeit ist jedoch keine systematische Unterwanderung dieser Berufsgruppen zu beobachten und zu befürchten (vgl. ebd. 68-70).

Der Bereich „Sport“ ist aus historischer Sicht kein unpolitisches Feld. Bereits Friedrich Ludwig Jahn verband das Volksturnen mit Volkstum, womit es zur „national-revolutionären“ Bewegung wurde. Zu einem stabilisierenden Instrument für „körperlich-sinnlich autoritäres Denken und Staatshörigkeit“ entwickelte sich das Turnen dann im 19. und 20. Jahrhundert. Es existieren im Sport folglich schon seit langer Zeit Anknüpfungspunkte für rechtes Gedankengut. Ein allgemein verbindendes Element ist der Sprachgebrauch, denn im „unpolitischen“ Sport gelten Begriffe wie Stolz, Nation, Identität und Patriotismus als wenig problematisch. Somit wird in diesem Kontext versucht, nationalistisches Gedankengut im öffentlichen Diskurs zu normalisieren. Auch der Wettkampfcharakter von Sportveranstaltungen erweist sich als anschlussfähig für rechte Ausgrenzungsmuster, denn Gegner, Mannschaften sowie Nationen bieten klare Feindbilder und damit eine „Wir-Sie-Dichotomie“ (vgl. Greef et al. 2020: 75ff). Rechte Interventionen finden sich ebenso auf Verbands- und Vereinsebene. Unter etablierten

Vereinen sowie im privatwirtschaftlichen Bereich wie Fitness- oder Kampfsportstudios. In Letzteren werden zusätzliche Sport- und Freizeitmöglichkeiten geschaffen, die ebenso als Räume der Zusammenkunft sowie zur Rekrutierung von Nachwuchs dienen. Diese Angebote sind vor allem in peripheren ländlichen Gebieten problematisch, in denen es keine alternativen Freizeitangebote in unmittelbarer Nähe gibt. Gerade im Bereich Kampfsport treten extrem rechte Akteur\*innen in vielfältiger Form in Erscheinung, beispielsweise als Organisatoren, Sportler und Zuschauer. Die kommerziell ausgerichteten Events verfolgen zum Teil eine explizite Strategie, Kampfsport politisch zu nutzen. Als Beispiel sei an dieser Stelle das Event „Kampf der Nibelungen“ genannt, das seinerzeit eine hohe mediale Aufmerksamkeit erfuhr. Die Ausrichtung von Kampfsportveranstaltungen soll allerdings nicht nur der Vergemeinschaftung und Rekrutierung dienen, sondern auch Einnahmen generieren. Finanzielle Mittel, die unter anderem zur Unterstützung von rechten Untergrundaktivitäten genutzt werden (vgl. Greef et al. 2020: 81f). Doch auch in organisierten Sportverbänden sind Interventionsversuche durch rechte Akteur\*innen zu beobachten, die unentwegt versuchen, in Sportvereinen Fuß zu fassen. Dabei streben sie ehrenamtliches Engagement als Eltern oder Trainer\*innen an. Dieses Engagement bietet einerseits die Möglichkeit der Schaffung einer Organisationsbasis für Personen aus dem rechten Spektrum und birgt andererseits die Gefahr, dass Trainer\*innen ihre Vertrauens- und Vorbildfunktion ausnutzen und Heranwachsende in ihrer sozialen Entwicklung ideologisch beeinflussen. Rechtspopulistisches Gedankengut wird auch in Sportvereinen salonfähiger, was durch eine subtile Fremdenfeindlichkeit, ein hohes Maß an Frauenfeindlichkeit sowie sehr ausgeprägte homophobe Einstellung deutlich wird (vgl. ebd. 83f). Vor allem im Fußball gibt es zudem eine lange Tradition von rechter und gewaltbereiter Fankultur, die sich in Hetze und Gewalt gegenüber gegnerischen Fans und Spieler\*innen zeigt. Klassische, professionell geführte Sportvereine eignen sich mittlerweile nicht mehr als Rekrutierungsfeld für Rechtsextreme, weil in den zurückliegenden Jahrzehnten viel Zeit und Geld in Präventions- und Jugendarbeit sowie in Fanprojekte investiert wurde. Im Gegensatz zu großen Vereinen fehlt es Amateurvereinen jedoch oft an den nötigen Ressourcen, sodass sich diese Probleme häufig nur nach unten verlagert haben. Zwar finden sich heutzutage weniger (offen) gewaltbereite Fans in den Stadien, allerdings sind diese nicht einfach weg. Der Rassismus und die Gewalt finden vielmehr verdeckter und subtiler statt. Hierbei wird zudem ein Ost-West-Gefälle deutlich, vor allem hinsichtlich des Umgangs der Vereine mit Rechtsextremismus und Gewalt. Einige ostdeutsche Vereine seien weniger offensiv in ihrem Vorgehen gewesen und müssen sich nun zunehmend mit rechtsextremistischen Aktivitäten und Unterwanderungsversuchen auseinandersetzen (vgl. ebd. 86-89).

Im Bereich der Kultur zielen rechte Interventionen vordergründig auf die Freiheit und Neutralität der Kunst ab. So kam es beispielsweise auf der Frankfurter Buchmesse in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Eklats, weil sich rechte Verlage und Publizisten in ihrer Meinungsfreiheit unterdrückt sahen. Bereits 2017 initiierte die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen die „Charta 2017“. Darin kritisierten mehrere Publizist\*innen, Buchhändler\*innen und Autor\*innen die „ideologische Einflussnahme, mit der die Freiheit der Kunst beschnitten wird“. Mit Blick auf die Frankfurter Buchmesse mahnten die Unterzeichner\*innen einen „Gesinnungskorridor“ und eine „Gesinnungsdiktatur“ an (vgl. Greef et al. 2020: 99).

Ähnlich verhält es sich in der deutschen Theaterlandschaft, der von rechter Seite vorgeworfen wird, eine „Refugees-welcome“- Propaganda zu betreiben. Durch die unterstellte enge Verbindung zur Politik, wird den Kultureinrichtungen eine einseitige politische Ausrichtung vorgeworfen und außerdem eine thematische Verengung von Kunst- und Kulturprodukten kritisiert. Laut Marc Jongen (AfD) würden sich Theater immer wieder am „Dritten Reich“ abarbeiten und sich somit auf eine „antifaschistische Erziehungsanstalt“ reduzieren. Dadurch würden sie sich selbst ihrer „künstlerisch-darstellerischen Vielfalt“ berauben“. Der Deutsche Bühnenverein gibt an, dass Theater immer öfter mit aggressiven Störungen rechter Gruppierungen konfrontiert seien, beispielsweise durch versuchte Eingriffe in Spielpläne, der Störung einzelner Aufführungen und dadurch, dass rechte Gruppierungen an einer Renationalisierung der Kultur arbeiten (vgl. ebd. 99f). Nationalistische Agitation findet jedoch nicht nur in Form von Störungen der bestehenden Kulturlandschaft statt, mitunter werden auch eigene kulturelle Projekte geplant und umgesetzt. An einem Septemberwochenende 2018 bespielte die Laienspielgruppe „Friedrich Schiller“ eine Freilichtbühne bei Bischofswerda. Die etwa sechzig Personen umfassende Laienspielgruppe verbindet neben ihrer Lust am Theaterspielen auch ihre Herkunft aus verschiedenen rechten Strukturen. Neben den Darstellern setzte sich auch das Publikum (am zweiten Spieltag) vorwiegend aus „Völkischen“ zusammen, die zum Teil aus Österreich und der Schweiz anreisten. Im Begleitheft zur Inszenierung von „Wilhelm Tell“ wurde hervorgehoben: „mit dieser Aufführung wird ein wichtiger Beitrag für das Kulturschaffen in Deutschland geleistet [...]“. Den Akteur\*innen geht es um Identität, Volk und Heimat. Das historische Drama um Tyrannei wird in die aktuelle Debatte zwischen „denen da oben“ und „wir hier unten“ umgewandelt. Diese Inszenierung verlief bewusst inmitten der Öffentlichkeit. Die Landnahme mittels Kultureinsatz war ein voller Erfolg, denn weder der auffällige Auftritt von Spielenden und Gästen noch der heroische Inhalt erregten Argwohn. Der Laienspielgruppe gelang es durch die Monate der Planung sowie Proben und



Umsetzung der Aufführung, die Vernetzung völkischer Strukturen voranzubringen und ein neues Gemeinschaftsgefühl zu schaffen (vgl. Röpke/Speit 2021: 57-75).

Ein weiterer kontroverser Schauplatz ist die Musikszene, die als wichtiger Faktor in der Formierung der extremen Rechten verstanden wird. Konzerte und Musikveranstaltungen haben einen starken sozialen Charakter und dienen oft als Einstieg in die rechte Szene. Die netzwerkartigen Strukturen und die zum Teil informelle Vernetzung der Szene ermöglichen zudem eine zentrale und dezentrale Mobilisierung, die insbesondere in strukturschwachen Gegenden den Mangel an Freizeitangeboten ergänzt. Zeitweise wurde versucht, mit Musik gezielt junge Menschen anzuwerben. Verwiesen sei hier auf die sogenannten Schulhof-CDs der NPD. Die rechtsextreme Musikszene verfügt über ein Netzwerk aus eigenen Labels, Festivals, Homepages und Vertriebswegen. Damit stellt dieser Sektor eine finanzielle Ressource im rechten Milieu dar und ist dadurch ganz besonders für Propaganda geeignet (vgl. Greef et al. 2020: 102f).

Kulturkritik ist kein neues Thema unter rechtsextremen Akteur\*innen. Bereits 2011 wurde in der rechtsextremen Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ die „Frankfurter Schule“ scharf kritisiert. Diese habe die „Kulturrevolution“ von 1968 zu verantworten und bilde damit die Grundlage für die „Zerstörung der Kunst, Zersetzung der Moral und Vernichtung der Familien“ – „Auf allen Gebieten – Glaube, Sitte, Familie, Kunst – wollten die Frankfurter (...) den Deutschen eine andere Seele einimpfen“ (vgl. Röpke/Speit 2021: 65). Kunst, Literatur sowie Musik und Theater sind kulturelle Mittel zur völkischen Raumgewinnung im vorpolitischen Bereich. Rechte Interventionen zielen darauf ab, eigene Positionen als Teil der Meinungsfreiheit zu legitimieren sowie zu Enttabuisieren und eine Verschiebung von Diskursen zu erreichen. Gegensätzliche Meinungen werden als Moralisation, einseitige Politisierung und als Einschränkung der Meinungsfreiheit begriffen. In diesem Kontext wird eine Verengung des Kulturbetriebs auf eine „links-grüne Ideologie“ erkannt und problematisiert (vgl. Greef et al. 2020: 108). Im Rahmen des „Kulturkampfes“ ist ein sich ergänzendes System verschiedener, aber sich aufeinander beziehender Aktivitäten und Strukturen, zu beobachten. Es werden Zeitschriften wie die „Blaue Narzisse“, die „Junge Freiheit“ oder „Sezession“ verlegt, Verlage gegründet und Institute wie das „Institut für Staatspolitik (IfS)“ aufgebaut, um so meinungsbildend im öffentlichen Raum zu wirken und die Diskurse zu besetzen und zu verschieben. Rechte Intellektuelle bereiten den Boden, auf dem Populisten agieren können (vgl. Hufer 2018: 14). Von enormer Wichtigkeit ist außerdem der digitale Raum. Vor allem die „Identitäre Bewegung (IB)“ versteht es sehr gut, durch professionell produzierte Videos zu aktuellen Themen und modernes Auftreten neue Zielgruppen zu aktivieren.

Die hier gezeigten Einblicke sind exemplarisch und bilden in keiner Weise das gesamte Spektrum völkischer und rechtsextremer Agitation im öffentlichen Raum ab. Diese finden

sich in fast allen Bereichen des Zusammenlebens. Rechte Organisationen veranstalten Kinderfeste ebenso wie Kulturfeiern und bieten Bürgersprechstunden für die breite Bevölkerung an. Einerseits gibt es „Rechte“, die sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen bewegen und andererseits rechte soziale Organisationen. Es verwundert also nicht, dass rechte Akteur\*innen zunehmend zivilgesellschaftlich orientierte Strategien verfolgen (vgl. Greef et al. 2020: 17).

## 5.2 Parteipolitischer Bereich

Wie eingangs erwähnt, war die völkische Bewegung von Beginn an eine sehr heterogene Sammelbewegung, deren einzelne Gruppierungen unterschiedlich organisiert waren und verschiedene inhaltliche Schwerpunkte setzten. Als sich Ende der 1920er Jahre mit dem Nationalsozialismus der parteipolitische Weg etablierte, standen dieser Entwicklung viele „Altvölkische“ kritisch gegenüber. Diese allgemeinen Differenzen innerhalb der Bewegung, in Bezug auf den Parlamentarismus, halten bis heute an. Dennoch existierten bereits kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wieder rechtskonservative Parteien in Deutschland. Mit der Gründung der rechtsextremen NPD 1964 entstand eine Partei, deren völkisch-nationalistische Ausrichtung deutlich erkennbar war und die diese Werte auf parlamentarischer Ebene vertrat. Allerdings war und ist die NPD mit ihrer menschenfeindlichen, antidemokratischen sowie antisemitischen Agenda und klaren Bezügen zum Nationalsozialismus nicht anschlussfähig an die bürgerliche Mitte. Durch das zweite NPD-Verbotsverfahren 2013-2017 sowie interne Macht- und Richtungskämpfe geriet die Partei zudem in eine Krise, die ein organisatorisches Vakuum im rechtsextremen Spektrum zur Folge hatte. Von diesen Umständen profitierte wiederum die AfD (vgl. Salzborn 2017: 54). Die AfD zog 2017 zum ersten Mal in den Bundestag ein und ist, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, in allen Landesparlamenten und mittlerweile auch in den meisten Kommunalparlamenten vertreten. Der Partei gelingt es auch aufgrund ihrer bürgerlichen Attitüde, die schwankende politische Stimmung im Land zu nutzen und an das teils aggressive gesellschaftliche Klima anzuknüpfen (vgl. Hufer/Schudoma 2022: 11; Hufer 2018: 26). Im Folgenden soll verdeutlicht werden, wie die AfD auf parlamentarischer Ebene agiert und inwieweit damit die unter Punkt 5.1 geschilderten Interventionsversuche von rechts unterstützt werden. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge dienen dazu ebenfalls die Bereiche „Sport“, „Kultur“ und „Soziale Unterstützungssysteme/Wohlfahrtsverbände“. In Letzteren geschehen die Angriffe gegenüber sozialen Organisationen auf parlamentarischer Ebene in Form von Diskreditierung der inhaltlichen Arbeit und der geförderten Projekte. Häufig wird diesen

eine einseitige politische Ausrichtung und undemokratisches Verhalten vorgeworfen, womit sie gegen das Neutralitätsgebot verstoßen würden. In diesem Zusammenhang kam es seitens der AfD vermehrt zu parlamentarischen Anfragen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit gezahlter Gelder. Die AfD inszeniert sich hierbei als „Watchdog“, der Träger und Akteur\*innen kontrolliert und über diese recherchiert, um ihnen angebliches Fehlverhalten nachzuweisen und dieses dann öffentlich zu machen. Weitere zentrale Themenfelder der AfD in den Anfragen sind u.a. Migration, Gender, LGBTIQ und Rechtsextremismusprävention. Die Analysen dieser Anfragen zeigen, dass die AfD die Förderung dieser Projekte nicht nur in Frage stellt, sondern eindeutig das Ziel verfolgt, diesen die öffentlichen Mittel zu entziehen, sie zu bekämpfen und abzuschaffen (vgl. Greef et al. 2020: 62ff; Gille/Jagusch 2019a: 3).

Im Bereich der Sportpolitik spricht die AfD von „klassischen Tugenden wie Ehrlichkeit, Pünktlichkeit [...] und Pflichtbewusstsein“, die im Sport als „heimische Werte und Normen weitergegeben“ werden. In ihren „sportpolitischen Thesen“ verweist die Partei auf die gesellschaftliche Bedeutung des Sports, denkt dabei aber an die nationale Identität und nicht an Integration. Deutlich wird dies vor allem in der Rhetorik. Wenn davon die Rede ist, „Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft“ zu verbinden, dann verzichtet die AfD in ihrem Zitat bewusst auf wesentliche Bestandteile der Thesen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB). Darin werden ausdrücklich die Überwindung kultureller und sprachlicher Grenzen sowie das Zusammenführen von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Alters als Ziele formuliert. Der AfD hingegen geht es vordergründig um Nation und Identität. Sport sei „identitätsstiftend“, „fördert den nationalen Zusammenhalt“ und ermöglicht eine „positive Identifikation mit der eigenen Nation und ihren Leistungen“. Trotz der völkisch-identitären Bezüge, die der Sport anbietet, agiert die AfD sportpolitisch nicht so aggressiv wie in anderen Bereichen. Möglicherweise handelt es sich dabei um eine bewusste Strategie, um langfristig an Einfluss zu gewinnen (vgl. Greef et al. 2020: 80).

Auf der Ebene der Kulturpolitik ist das zentrale Motiv der AfD die „Entsiffung“ und „Entideologisierung“ des „linksgünen“ Kulturbereiches. Die Förderung bestimmter Kulturprodukte und Einrichtungen wird aufgrund einer unterstellten fehlenden politischen Neutralität delegitimiert und infrage gestellt sowie die Kürzung staatlicher Zuschüsse gefordert. Konkret ginge es der Partei um die Frage, „ob der Staat Gesinnungstheater finanziert“. In diesem Zusammenhang beklagt die AfD einen „Missbrauch von Steuergeldern“. Patriotische, identitätsstiftende und nationale Bezüge zur eigenen Heimat und Geschichte im Kunst- und Kulturbetrieb sollen hingegen gestärkt werden. Insgesamt zeigt sich, dass die zentralen Fragen die Verbindung zwischen Staat und

Kultureinrichtungen fokussieren sowie das Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften problematisieren (vgl. Greef et al. 2020: 95-107).

In den „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ beschreibt die Amadeu-Antonio-Stiftung neben den parlamentarischen und demokratiefeindlichen Praxen der Partei auch das unterschiedliche Auftreten in Landes- und Kommunalparlamenten. Im Bundestag fiel die Partei hauptsächlich durch Kleine sowie Große Anfragen und Anträge auf. Ein großer Teil der Anfragen und Anträge behandelten das Thema Migration, wobei überwiegend eine Kriminalisierung von Migrant\*innen im Fokus stand. Die AfD nutzt das Plenum im Bundestag immer wieder für kalkulierte Tabubrüche, die das Ziel verfolgen, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Das Vorgehen folgt dabei einem klaren Schema: Einer verbalen Grenzüberschreitung folgt meist eine inszenierte Distanzierung mit dem Hinweis, dass man die bedrohte Meinungsfreiheit retten wolle. Im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit wird damit die Abwertung demokratischer Werte sowie die Stigmatisierung von Minderheiten auf die Tagesordnung gesetzt und trägt insgeheim zu einer Normalisierung dessen bei. In den Landesparlamenten zeigt sich hingegen ein etwas differenzierteres Bild. So treten die Abgeordneten der Partei zum Teil sehr aggressiv und pöbelnd oder aber ruhig und seriös auf. Laut der Studie „Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung ist dieses ungleiche Verhalten auf die innerparteiliche Spaltung zwischen radikalen und gemäßigten Vertretern zurückzuführen. Die Studie stellte ebenfalls fest, dass die AfD Fraktionen das Plenum der Landesparlamente für öffentlichkeitswirksame Reden nutzen, um diese dann in den Sozialen Medien zu verbreiten. Die tatsächliche parlamentarische Arbeit würde hingegen kaum Beachtung finden. Die Strategien der Partei, die im Bundestag oder den Landtagen zur Anwendung kommen, lassen sich nicht bedenkenlos auf kommunaler Ebene anwenden. In Kommunalparlamenten tritt die Partei heterogener auf als auf Bundes- oder Landesebene und ihr Handeln ist sehr stark von den jeweiligen Mandatsträgern\*innen der Fraktionsgröße abhängig. Das Auftreten der Partei ist auch auf kommunaler Ebene eher von populistischen Inszenierungen bestimmt und setzt weniger auf Gremienarbeit. In nicht öffentlichen Sitzungen gibt man sich gelangweilt und desinteressiert, in öffentlichen Sitzungen hingegen zeigt man sich gern volksnah. Durch diese Art der populistischen Selbstinszenierung kommt es zu einer großen Zahl von Anträgen sowie endlosen Reden, die zu einer Lähmung des parlamentarischen Betriebs und der Sacharbeit führen. Die AfD inszeniert sich als „Anwalt der kleinen Leute“ und fordert vielfach Streichungen, wenn Gelder für „nicht deutsche Interessen“ ausgegeben werden. Hauptsächlich betrifft das die Bereiche Asyl, Migration, Jugendhilfe sowie Frauen- und Gleichstellungsförderung (vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung 2019: 28-33).

## 6 Strategien für Politik, Zivilgesellschaft und die Soziale Arbeit im Umgang mit völkisch-nationalistischen Dynamiken

### 6.1 Empfehlungen zum Umgang mit der AfD auf parlamentarischer Ebene

Für die Auseinandersetzung mit der AfD auf parlamentarischer Ebene gilt generell eine klare Haltung, eine gute Rhetorik und die Kenntnis der (lokalen) AfD. Das wichtigste Mittel demokratischer Parteien sollte es sein, eigene Themen zu setzen und damit einer Inszenierung der AfD vorzugreifen. Das eigene Gesellschaftsbild soll offensiv eingebracht und vertreten werden. Um ein Kapern und Verklären von Begriffen zu vermeiden, sollten Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte immer inhaltlich unterfüttert werden. Um auf die zunehmende Professionalisierung der AfD zu reagieren sind parteiinterne Strategien zu entwickeln, die einen einheitlichen Umgang mit rechtsextremen Positionen aufzeigen. Hilfreich sind öffentlich erkennbare Beschlüsse aus denen deutlich hervorgeht, dass demokratische Mindeststandards nicht verhandelbar sind. Im Umkehrschluss bedeutet das auch, dass sich Vertreter\*innen demokratischer Parteien nicht dazu hinreißen lassen rechtsradikales Framing zu reproduzieren, insbesondere bei rhetorisch vorbelasteten Themen wie Islam und Terror. Außerdem sollten es demokratische Parteien vermeiden, sich an der AfD abzuarbeiten. Es sollte in der parlamentarischen Auseinandersetzung hauptsächlich um Sachthemen gehen, ohne dabei der AfD eine Bühne zu bieten. Die AfD agiert teilweise mit Methoden, die darauf abzielen Verwaltungen und Institutionen durch lange Fragenkataloge zu lähmen. Es sollte in der Konsequenz jedoch nicht um die Beschneidung von Oppositionsrechten oder die Einschränkung inhaltlicher Arbeit gehen, diese müssen unbedingt bewahrt werden. Da sich die AfD gegen eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft richtet, sollte für alle demokratischen Parteien gelten, dass es keinen Schulterschluss, in Form von gemeinsamen Fraktionen und gemeinsamen Anträgen, mit der AfD geben darf. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Enttarnen von AfD typischen Strategien wie Skandalisierung, Themenhopping oder Opferinszenierung. So sollen auf lange Sicht Normalisierungseffekte vermieden werden. Vertreter\*innen demokratischer Parteien sollten zudem zwischen Akteur\*innen der Partei und deren Wähler\*innenschaft unterscheiden. Die Sorgen der Bürger sollten ernst genommen werden, ohne sich dabei anzubiedern. Standpunkte wie offener Rassismus oder Demokratiefeindschaft müssen die Parteien klar benennen und dazu in Widerspruch gehen. Einzelne Parlamentarier\*innen sowie demokratische Fraktionen sollten sich zudem mit Betroffenen von Diffamierungskampagnen öffentlich solidarisieren (vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung 2019: 36f).

## 6.2 Handlungsempfehlungen für die (organisierte) Zivilgesellschaft

Aufgrund der Vielfalt nationalistischer Interventionen auf verschiedene Organisationen und Akteur\*innen der organisierten Zivilgesellschaft gibt es keinen „One-size-fits-all“-Ansatz, der als Reaktionsform die ultimative Antwort auf alle rechten Eingriffe darstellt. Vielmehr bedarf es eines Bündels an Reaktionsformen, welche aufeinander bezogen und abgestimmt sind, damit von einer Strategie gesprochen werden kann. In vielen Fällen besteht eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit rechten Interventionen. Einige Reaktionsmöglichkeiten, wie Ignorieren, Auseinandersetzen, Abgrenzen, Ausschließen oder Ausgrenzen bergen jeweils spezifische Chancen und Risiken in sich. Der Grund dafür liegt in dem inhärenten Dilemma des Populismus: Sowohl bei Nichtbeachtung als auch bei Reaktionen besteht das Risiko, das Phänomen zu stärken. Damit es Wohlfahrtsverbänden, organisierten Sportverbänden sowie dem Kulturbereich gelingt, ihrem Anspruch als Hüter des Basiskonsenses gerecht zu werden, sind sie zunächst gefordert, ihre inneren Widersprüche zu bearbeiten. Klare, an normativen Werten ausgerichtete Strategien, sind dafür die Voraussetzung (vgl. Greef et al 2020: 119ff).

Die meisten Organisationen verfügen über Leitbilder. Diese sollten dahingehend überprüft werden, dass sie klar und eindeutig formuliert sind. Existiert kein Leitbild, so sollte dies unter Zuhilfenahme von externen Berater\*innen wie beispielsweise mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, entwickelt werden. Das Leitbild soll immer im Einklang mit der Satzung stehen, im Zweifelsfall muss diese angepasst werden. Dort verankerte eindeutige Positionierungen gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ermöglichen klare Handlungen gegen Menschenverachtende Einstellungen. Als Organisation agiert man im gesellschaftlichen Kontext. Eine klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus wird von anderen Organisationen ebenso wahrgenommen wie von Einzelpersonen und bestärkt diese unter Umständen in ihren eigenen Handlungsweisen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Möglichkeit interner Fortbildungen. Einerseits dient dies der Überwindung von Unsicherheiten in Bezug auf rechte Interventionen und andererseits werden Mitarbeitende für den Umgang mit Sexismus, Rassismus und Antisemitismus sensibilisiert. Des Weiteren sollten die Organisationen in Zusammenarbeit mit externen Expert\*innen eigene Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Akteur\*innen entwickeln und diese in einer verbindlichen Handlungsanweisung festhalten. Verleumderischen Angriffen sollte mit öffentlichen Klarstellungen begegnet werden, da diese das Ansehen einer Organisation negativ beeinflussen können. Außerdem sollten derlei Angriffe von kompetenten Menschen dokumentiert und die internen Strategien regelmäßig auf Aktualität überprüft werden. Sinnvoll ist zudem eine Vernetzung

verschiedener Akteur\*innen und Organisationen, um Strategien zu reflektieren, Erfahrungen sowie Wissen auszutauschen und sich wechselseitig zu bestärken. In diesem Zusammenhang ist es zudem wichtig sich solidarisch gegenüber Personen und Organisationen zu zeigen, die von rechter Agitation betroffen sind. Solidarische Äußerungen sollten nach Möglichkeit öffentlich getätigt werden (vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung 2019: 42ff). Neben den eben genannten Akteur\*innen und Organisationen treffen völkisch-nationalistische Interventionen auch immer wieder Teile der Zivilgesellschaft. Wie unter Punkt 5.1 beschrieben, nutzen rechte Akteur\*innen dazu unter anderem Gelegenheitsfenster wie die aktuellen „Montagsdemos“. Auch wenn unter den Protestierenden eine sehr heterogene Motivlage vorherrscht, so wird doch immer wieder deutlich, dass innerhalb der Versammlungen Neonazis sowie aggressive Verschwörungsgläubige toleriert werden und Gewalt zur Durchsetzungen ihrer Ziele in Kauf genommen wird. In diesen Arenen werden Ablehnungs- und gesellschaftliche Ausschlussphänomene wie Rassismus und heterosexistische Positionierungen vollzogen. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie, der Fluchtbewegungen als Folge des Krieges in der Ukraine und der zu befürchtenden Energiekrise haben sich die bestehenden Risse innerhalb der Gesellschaft vertieft. Es ist davon auszugehen, dass diese Gemengelage Auswirkungen auf die Haltungsentwicklung und die politische Positionierung junger Menschen haben wird (vgl. Dietrich 2022: 380ff, Hufer/Schudoma 2022: 116). Um diesen Entwicklungen zu begegnen und sie bestenfalls einzudämmen, bedarf es einer couragierten Zivilgesellschaft. Zivilcourage zu zeigen, erfordert wiederum Mut. Der Politikwissenschaftler Gerd Meyer definiert diese besondere Art von Mut wie folgt:

*„Sozial mutig handeln heißt sichtbar und aktiv für allgemeine humane und demokratische Werte, für die legitimen Interessen vor allem anderer Menschen (sekundär auch die eigenen) eintreten. Leitwerte sind die Wahrung der Menschenwürde und soziale Verantwortung.“* (vgl. Meyer 2014: 23, zit. nach Hufer/Schudoma 2022: 119).

Im Wesentlichen geht es darum demokratische Werte und Menschenrechte zu verteidigen oder zu fordern sowie Menschen zu schützen, die von Gewalt und Unterdrückung betroffen sind. Dabei geht es nicht zwingend um unmittelbare Handlungen in derartigen Situationen. Zivilcourage erfordert vielmehr, allgemein Verantwortung zu übernehmen sowie für Demokratie und Humanität einzustehen und diese Werte zu verteidigen (vgl. ebd. 119f). Bei Unsicherheiten oder offenen Fragen besteht auch hier die Möglichkeit, sich an Mobile Beratungsteams oder lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus zu wenden. Eine weitere Option besteht darin, selbst aktiv zu werden. Dazu ist es hilfreich, sich mit vertrauten Personen auszutauschen und zu

vernetzen und bestenfalls als Gruppe zu organisieren und eigene Ziele zu formulieren. Gezielte öffentliche Informationsveranstaltungen und Publikationen unterstreichen die Position der Gruppe und tragen das Thema an weitere Personen heran. Kontakte zur örtlichen Verwaltung sowie Vertreter\*innen aus Politik, Kirche, Bildungseinrichtungen und Vereinen bieten zudem die Möglichkeit aufzuklären und um Unterstützung zu bitten. Das wirksamste Mittel gegen Rechtsextremismus ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die klare Vorstellungen von einem vielfältigen miteinander vertritt und sich beispielsweise in Form von Dorffesten und kulturellen Veranstaltungen aktiv zu demokratischen Werten bekennt (vgl. Hellwig 2020b: 56f). Die „Mitte Studie“ konstatiert zudem, dass es politischer Bildung bedarf, um auf Herausforderungen wie gesellschaftliche Krisen, Populismus und Gefährdungen für die Demokratie (bildungs-)politisch zu reagieren. Politische Bildung sollte als Daueraufgabe verstanden werden und nicht als eine Art Feuerwehrfunktion zum Löschen von menschenfeindlichen und antidemokratischen Bränden. Demokratiewerk als antirassistische Arbeit findet in Räumen des Alltags wie beispielsweise Schulen, Medien, Unternehmen und Gewerkschaften statt. Die Vorstellung, dass Demokratie und Freiheit nur von den politischen Rändern gefährdet seien, greift zu kurz. Politische Bildung muss sich daher im „Kampf gegen rechts“ auf die Demokratisierung der Mitte richten. Vor allem in strukturschwachen Regionen, in denen die Normalisierung eines menschenfeindlichen Klimas zu lange forciert und geduldet wurde, braucht es einen Abbau von Teilhabebarrieren. Um die Demokratisierung möglichst vieler Lebensbereiche des Alltags voranzutreiben, sollte gerade in diesen Gebieten aufsuchende politische Bildung Zugänge wahrnehmen, die Alltagserfahrungen berücksichtigt, den Aufbau von Kooperationsstrukturen vor Ort ermöglicht und Vertrauenspersonen einbezieht (vgl. Achour 2021: 311-324).

### 6.3 Strategien der Sozialen Arbeit im Umgang mit rechten Interventionen

Grundsätzlich sind auch die Wirkungsbereiche Sozialer Arbeit in der Zivilgesellschaft verortet. Da die Arbeitsfelder Sozialer Arbeit in besonderer Weise im Fokus rechter Einflussnahme stehen, sollen an dieser Stelle sowohl Interventionen rechter Akteur\*innen als auch Möglichkeiten im Umgang mit diesen detaillierter beschrieben werden. Die Arbeitsbereiche Sozialer Arbeit orientieren sich an einem liberalen Gesellschaftsverständnis, das auf Vielfalt, Toleranz und Offenheit gegenüber Minderheiten ausgerichtet ist und Diversität anerkennt. Damit agieren Akteur\*innen der Sozialen Arbeit im Sinne einer „Menschenrechtsprofession“ die sich vorwiegend für jene Menschen einsetzt, die durch rechte Anfeindungen und Aktivitäten stigmatisiert, diskriminiert und ausgegrenzt werden (vgl. Greef et al. 2020: 58f). Im Folgenden sollen



drei Kategorien rechter Interventionen in Bereichen der Sozialen Arbeit etwas genauer dargestellt werden.

### 1. Externer Einfluss

Hinsichtlich der externen Einflussnahme zeigen sich vier Varianten: *Strukturen angreifen, Bedrohen, Sozialräumliche Inszenierung und Agenda-Setting*. Zum ersten Punkt „Strukturen angreifen“ gehören unter anderem Praktiken wie Anfeindungen und Angriffe gegenüber sozialen Organisationen auf parlamentarischer Ebene. Diese geschehen, wie unter Punkt 5.1 beschrieben, durch Diskreditierung der inhaltlichen Arbeit und der geförderten Projekte, vor allem in den Bereichen Migration, Gender, LGBTIQ und Rechtsextremismusprävention. Eine weitere Methode ist die öffentlichkeitswirksame Diffamierung Sozialer Unterstützersysteme über „eigene“ Kanäle, wie digitale rechte Netzwerke und Printmedien wie die „Junge Freiheit“, aber auch über Interviews in Boulevard Medien und Fernsehtalks. Der zweite Punkt betrifft physische und psychische Angriffe und manifeste „Bedrohungen“ von Institutionen und Einzelpersonen, die für die oben genannten Themen stehen. Menschen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit werden gezielt durch Sprüche, gedruckte Materialien (Flyer) oder Übergriffe bedroht und eingeschüchtert (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 70).

Eine weitere Variante externer Einflussnahme ist die „sozialräumliche Inszenierung“. Ziel dabei ist es, über Plakate, Aufkleber oder Graffitis Sichtbarkeit zu erlangen und so das Gefühl der Präsenz und Stärke zu erwecken. Einrichtungen der Sozialen Arbeit werden dabei gezielt zum Adressaten dieser symbolischen Landnahmen (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 73). Die letzte Variante innerhalb dieser Kategorie ist das „Agenda Setting“. Dabei geht es um systematische Versuche von außen Themen, Diskurse, Programme und Praxen zu bestimmen bzw. neu auszurichten. Es wird beispielsweise versucht, durch Rhetorik Einfluss auf Soziale Arbeit zu nehmen. Diese Versuche zeigen sich beispielsweise in Kampagnen gegen Veranstaltungen zur Förderung der Pluralität oder Meldeportalen für Lehrer. Ziel dieser Variante ist es, Angebote der Sozialen Arbeit durch Interventionen inhaltlich zu beeinflussen (vgl. ebd. 75f).

### 2. Interne Praxen

Innerhalb etablierter Angebote der Sozialen Arbeit manifestieren sich fünf Varianten rechter Handlungs- und Denkweisen: *Präsenz rechtsextremer Personen, Diskriminierung, Artikulation, Diskursive Orientierung und Unterlassen*.

Durch die „Präsenz“ einzelner rechtsextremer Mitarbeiter sind Möglichkeiten zu internen Interventionen gegeben, da deren Einstellungen implizit oder explizit die Arbeit beeinflussen. Sie können von einer breiteren Öffentlichkeit zunächst unerkannt bleiben, bieten aber gleichzeitig die Möglichkeit der Thematisierung rechter Ideen. Des Weiteren können beispielsweise völkische Nationalisten soziales Engagement unter Beweis

stellen und auf diese Weise den Anschluss an breitere gesellschaftliche Gruppen herstellen. Darüber hinaus bietet sich die Möglichkeit, Schlüsselpositionen zu besetzen und so z.B. zu diskursiver Verschiebung beizutragen (vgl. ebd. 79ff). Eine zweite Variante sind „Diskriminierungen“, die sowohl von Fachkräften der Sozialen Arbeit als auch von deren Adressaten vollzogen werden. Möglich wird dies durch Machtstrukturen innerhalb der Sozialen Arbeit, die es ermöglichen, eigene Angebote und Regeln zu gestalten und zu interpretieren. So werden partielle oder absolute Ausschlüsse bestimmter Gruppen vorgenommen. Zudem werden derlei Maßnahmen „unterstützt“, wenn Mitarbeitende und Leitung nicht intervenieren oder bewusst wegschauen. Diskriminierungen unter verschiedenen Gruppen von Adressaten richten sich fast ausschließlich an ausländisch oder mikrantisch markierte Personen. Dabei werden vor allem Konstruktionen von Konkurrenzverhältnissen in Stellung gebracht. Wenn es um bestimmte Verteilungsfragen geht, sehen sich einige Personen selbst als benachteiligt an. Rassistische Ressentiments dienen dabei der Aufwertung der eigenen Gruppe und damit einhergehend der Priorisierung eigener Hilfsansprüche. Zusätzlich wird den von Diskriminierung betroffenen Menschen der Status eines gleichwertigen Gesellschaftsmitglieds abgesprochen (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 82ff).

Vor dem Hintergrund, diskursiver Strategien rechter Akteur\*innen, spielt zudem die „Artikulation“ der Mitarbeitenden eine große Rolle. Das vorgefundene Vokabular kann nochmals in drei Typen unterschieden werden:

*Nationalsozialistische/rechtsextreme Begriffe* wie „ausmerzen“, „Volksgerichtshof“, oder „Volksgeschichte“. *Brückenbegriffe*, die sich sowohl im Neurechten als auch im konservativ-bürgerlichen Lager finden, wie „Gutmensch“, „Wirtschaftsflüchtling“ oder „Ausländerkriminalität“ und *insultives Vokabular* wie „Pack“ oder „Zigeuner“, das sich durch einen abwertenden Charakter auszeichnet (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 85f).

Eine weitere Variante interner Praxen stellen „diskursive Orientierungen“ dar. Dabei lassen sich vor allem zwei dominante Kurse unterscheiden. Zum einen der „neosoziale Diskurs“ und zum anderen der „neurechte Diskurs“. Der neosoziale Diskurs richtet sich an Nützlichkeitsabwägungen aus. Angebote der Sozialen Arbeit werden nur unter der Voraussetzung zugänglich gemacht, dass sie der Allgemeinheit nutzen. Im Umkehrschluss bedeutet das, Personen oder Personengruppen, die der Allgemeinheit keinen Nutzen bringen, sollen auch keine Zuwendungen erhalten. Der neurechte Diskurs rekurriert auf entsprechende Logiken extrem rechter Denkweisen. Dazu gehören u.a. eine Rückbesinnung auf das Nationale, sowie eine neue Heimatverbundenheit. So entsteht ein „neuer“ Patriotismus, mit fließenden Übergängen zu nationalchauvinistischen Einstellungen, dem neben Nationalstolz auch das Gefühl der eigenen Überlegenheit immanent ist (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 87ff). Schließlich bezeichnet die

Variante „Unterlassen“ Praktiken, in denen gebotene Handlungen nicht stattfinden, wodurch Räume für rechte Denkweisen und Praktiken geschaffen werden (vgl. Gille/Jagusch 2019a: 3).

### 3. Eigene Angebote rechter Akteure

Bei den eigenen Angeboten neurechter Akteure können vier Varianten unterschieden werden: *Karitative Aktionen*, *Scharnierangebote*, *Identitätsformierung* und *Unterstützung problematischer Lebenssituationen*. „Karitative Aktionen“ zielen auf Öffentlichkeitswirksamkeit und den Transport der mit den Aktionen verbundenen Botschaften ab und richten sich vordergründig an benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Dazu zählen beispielsweise „Wärmebusse“ für Obdachlose, „Spielplatzsäuberungen“, „bürgerschaftliches Eintreten für Sicherheit“, etwa durch das Verteilen von Pfefferspray oder im Rahmen von Rundgängen selbsternannter Bürgerwehren. Allen diesen Aktionen ist gemeinsam, dass sie medial begleitet und öffentlich inszeniert werden. Ein nachhaltiger Einsatz für die bemängelten sozialen Umstände ist mit den Inszenierungen jedoch nicht verbunden. Einerseits erfolgt eine Trennung verschiedener Gruppen Hilfsbedürftiger in der gleichen Notsituation, den „eigenen“ Wohnungslosen soll dabei die volle Solidarität zugutekommen, während sie „Fremden“ verwehrt werden soll. Zum anderen werden die sozialen Missstände auf eine verfehlte Sozialpolitik zurückgeführt, deren Ursachen wiederum mit der Asyl- und Einwanderungspolitik begründet werden (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 51f). Soziale Angebote als „Scharnier“ dienen rechten Akteur\*innen dazu, eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden. Unter dem Deckmantel bestimmter Aktivitäten mit sozialem Charakter werden andere Deutungen und Themen transportiert, die an zentrale Ideen völkischer Nationalisten anschließen. Diese Angebote ermöglichen es, sowohl Personen mit extrem rechter Orientierung in andere Bevölkerungsteile hinauszureichen als auch Personen außerhalb der Szene den Eintritt in die Subkultur zu gewähren. Scharnierangebote setzen auf Themen, die im Alltag aller Menschen verortet sind. Eine besondere Rolle spielen dabei Angebote wie Straßenfeste, Konzerte und Sport. Diese Angebote sollen gesehen und gefunden werden. Das es sich dabei um extrem rechte Offerten handelt wird aber nicht auf den ersten Blick deutlich. Diese Verschleierung ermöglicht es, breite Bevölkerungsgruppen anzusprechen und weiter an der gesellschaftlichen Verankerung zu arbeiten, ohne dass die ideologische Verortung direkt deutlich wird (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 53ff). „Angebote der Identitätsformierung“ zielen dagegen nach innen und dienen in erster Linie der Gemeinschaftsbildung und richten sich an klar rechts orientierte Personen. Dabei werden drei verschiedene Formen unterschieden: *Projekte der Theoriebildung* wie sie durch Tagungen und Zeitschriften erreicht werden; *Veranstaltungen zur Traditionsstiftung*, die sich in Formen des Märtyrerkultes und Gedenktagen

niederschlagen sowie *vorpolitische Freizeitangebote* wie Sportaktivitäten und Ferienlager. Die in diesen Aktionen eingefasste Erlebniswelt mit ihren Ritualen, Symbolen, Identifikationsfiguren und Feindbildern schweißt zusammen (siehe Punkt 3.3). Das man sich in Opposition befindet verstärkt dabei den Erlebnischarakter (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 56f). Die Angebote zur „Unterstützung problematischer Lebenssituationen“ werden innerhalb der Szene entwickelt und richten sich ausschließlich an Personen mit gefestigten extrem rechten Weltbildern. Es werden eigene Formen der Unterstützung entwickelt, um Problemsituationen besser bewältigen zu können. Dieses Angebot umfasst z.B. Prozesshilfe, Gefangenenunterstützung oder Sanitätsdienste bei rechtsextremen Demonstrationen. Über die konkrete Unterstützung hinaus erfüllen diese Angebote die Funktion, Solidarität innerhalb der Gemeinschaft herzustellen (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 59f).

Damit ein professioneller und reflektierter Umgang mit Versuchen rechter Einflussnahme in Bereichen der Sozialen Arbeit gelingen kann, werden folgende Strategien empfohlen:

#### Wissen sammeln und sensibilisieren

Eine Grundbedingung, um gegen rechte Aktivitäten vorzugehen besteht darin, zu wissen welche Akteur\*innen in welcher Weise an welchen Orten aktiv sind und worin sich deren Denken und Handeln auszeichnet. In den vergangenen Jahrzehnten sind im gesamten Bundesgebiet Institutionen wie z.B. die Amadeu-Antonio-Stiftung oder die Vielfalt-Mediathek des IDA entstanden, die sich zu wesentlichen Ankern des Wissensmanagements und -transfers entwickelt haben und Erfahrung, Kenntnisse sowie Beratungskompetenz bündeln. Zudem haben einige Wohlfahrtsverbände auf Bundesebene Strukturen der Information und Beratung im Umgang mit extrem rechten Akteur\*innen aufgebaut, die von lokalen Organisationen genutzt werden können. Derartige Institutionen bieten eine gute Unterstützung und tragen dazu bei, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen und Unsicherheiten abzubauen. Sie sind außerdem notwendig, um Träger der Sozialen Arbeit zu sensibilisieren. Mitarbeitende sollten zudem die Möglichkeit zu regelmäßigen Beratungen und Weiterbildungen erhalten und diese auch in Anspruch nehmen (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 98f).

#### Stellung beziehen und positionieren

Eine konzeptionelle Verpflichtung zur Erfüllung der Menschenrechte und Demokratisierung der Gesellschaft sowie eine antirassistische Haltung muss sowohl nach innen wie nach außen sichtbar kommuniziert werden. Beispielsweise sollen Leitbilder gezielt entwickelt, überprüft oder gemeinsam überarbeitet werden. In Arbeitsverträgen sollten konzeptionelle Ziele zur Gleichwertigkeit von Menschen sowie der Rassismus- und Diskriminierungssensibilität aufgenommen werden. Des Weiteren

könnten Beschwerdestellen für diskriminierte Personen geschaffen werden. Diese Positionierungen machen deutlich, dass menschen- und demokratiefeindliche Auffassungen keine Diskurshoheit besitzen und erscheinen deswegen als notwendige und nützliche Gegenreaktion. Im Umgang mit Mitarbeitenden und Klient\*innen die rechte Ansichten vertreten, ist es wichtig, sich zunächst abzugrenzen und die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen, um Prozesse des Umdenkens anzustoßen. In Extremfällen kann es jedoch auch zur Ausgrenzung, in Form von Kündigungen, kommen.

#### Bündnisse schaffen und eingehen

Ein Merkmal für das Vorgehen rechter Akteur\*innen besteht darin, dass gezielt einzelne Personen oder Institutionen für Agitationen herausgegriffen werden. Ein wesentliches Kennzeichen erfolgreicher Strategien gegen rechts ist es, sich nicht einzeln, sondern in Bündnissen zu engagieren. Schließlich werden Themen und Positionen angegriffen, für die Soziale Arbeit als Ganzes steht. Dieses Vorgehen scheint häufig erfolgreich und rechte Eingriffe können sich in der Folge nicht durchsetzen. Bündnisse sorgen zudem dafür, dass solche Angriffe entindividualisiert werden. (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 100f).

#### Land wiedergewinnen

Eine Kernaussage der extremen Rechten ist „wir holen uns unser Land zurück“. Dieses Bild kann auch umgedreht und als Gegenstrategie angewendet werden, z.B. durch die Veranstaltung von Bürgerfesten für Demokratie und Vielfalt an Orten, wo extrem rechte Veranstaltungen geplant oder ein wachsender Zuzug völkischer Nationalisten beobachtet werden. Es bedarf jedoch weiter reichender Maßnahmen, um dem wachsenden Einfluss rechter Akteur\*innen entschlossen entgegenzutreten. Dazu gehört es, die öffentlichen Strukturen der Sozialen Arbeit beizubehalten und nicht durch Finanzabbau noch weiter zu schwächen. Es darf kein weiteres Vakuum entstehen, in dem sich rechte Akteur\*innen ausbreiten können (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 101).

## 7 Fazit

Die völkische Bewegung in Deutschland zeigt sich auch in der Gegenwart sehr heterogen und reicht von nationalkonservativen bis hin zu extrem rechten Akteur\*innen. Vordergründig finden sich deren Vertreter\*innen in Sippen, Gilden und unterschiedlichen Bünden. Im ganzen Bundesgebiet existieren zudem völkische Siedlungsprojekte in der Tradition der „Artamanen“ oder moderner Gruppierungen wie die Anastasia-Bewegung. Ein verbindendes Element dieser ausdifferenzierten Erscheinungsformen stellt die völkische Ideologie dar. Diese ist im Kern rassistisch, antisemitisch sowie sozialdarwinistisch und richtet sich gegen eine offene Gesellschaft, die Diversität anerkennt. In Bezug auf völkisch-nationalistische Siedlungsprojekte werden zudem Verbindungen in rechtsextreme Netzwerke sichtbar, welche auf unterschiedlichen Wegen aktiv nach nationalistischen Mitstreitern für gemeinsame Siedlungsprojekte suchen. Diese zielen vordergründig auf die Besiedlung strukturschwacher ländlicher Gebiete ab. Vor allem in abwanderungsstarken, abwärtsdriftenden ländlichen Räumen bieten sich Gelegenheitsstrukturen wie günstige, abgelegene Immobilien und ein gesellschaftliches Klima, das häufig geprägt ist von Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dieses Klima schafft wiederum eine Legitimation für rechtsextreme Einstellungen. In jenen Gebieten verdichtet sich ein Milieu von sich abgehängt fühlenden Etablierten, welches geprägt ist von Verlustängsten und Demokratieverdrossenheit. Diese Klientel hat ein Interesse am Erhalt eines exklusiv nationalen Wirtschafts- und Wohnraumes und fühlt sich von rechten Narrativen besser vertreten als von den Inhalten etablierter Parteien. Dem liegt eine wachsende Demokratieunzufriedenheit zugrunde, die einhergeht mit dem Gefühl der politischen Machtlosigkeit, weil man sich von Vertreter\*innen der Politik nicht wahrgenommen und adäquat repräsentiert fühlt. Prozesse der Peripherisierung wie Rückzug des Staates in Form von Rückbau der öffentlichen Infrastruktur sowie des ÖPNV stellen sich dabei als massive Hindernisse politischer Teilhabe heraus. Der AfD gelingt es, sich in diesen Gebieten als „Kümmerer“ zu inszenieren. Dabei nutzt die Partei die strukturellen und lokalen toxischen Faktoren, um diese zu verstärken und zugleich andere Identifikationsangebote zu schaffen.

Die eingangs formulierte Frage, ob eine „Landnahme“ durch völkische Nationalisten vorliegt, muss etwas differenzierter betrachtet werden. Es lässt sich einerseits keine flächendeckende „Landnahme“ beobachten, die durch Siedlungsprojekte zu einer völkischen Hegemonie geführt hat. Andererseits werden aber sehr wohl Bemühungen deutlich, dass rechtsextreme Netzwerke an einer systematischen Besiedlung ländlicher Räume arbeiten, um langfristig an Einfluss zu gewinnen. Diese Ambitionen werden

durch das teils vorherrschende gesellschaftliche Klima in strukturschwachen Regionen ebenso unterstützt wie durch die parlamentarische Arbeit der AfD. Daraus resultieren häufig Angstzonen, aus denen national befreite Zonen werden können.

Auch wenn derzeit (noch) nicht von einer „völkischen Landnahme“ gesprochen werden kann, so zeigt sich doch eine realistische Bedrohung für die (organisierte) Zivilgesellschaft. Nationalistische Agitationen finden auf allen Ebenen des Zusammenlebens statt und verfolgen Ziele, die sich gegen kulturelle sowie sexuelle Vielfalt, Toleranz und Offenheit gegenüber Minderheiten äußern. Aus diesem Grund sehen sich Vertreter\*innen der offenen Gesellschaft mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, die zielgerichtete Strategien im Umgang mit rechten Dynamiken erfordern. Auf parlamentarischer Ebene sollten Akteur\*innen demokratischer Parteien eine klare Haltung zeigen, ohne sich dabei an der AfD abzuarbeiten. Wichtiger ist es, eigene Themen zu setzen sowie strukturelle Probleme zu benennen und dabei auch die Prozesse der Peripherisierung zur Diskussion zu stellen. Außerdem sollte durch eine reflektierte und transparente Politik langfristig das Vertrauen in die Demokratie gestärkt sowie Orte der politischen Auseinandersetzung und Möglichkeiten der Teilhabe geschaffen werden. Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte sollten immer inhaltlich unterfüttert werden, um einer Verklärung dieser Begriffe durch die AfD vorzugreifen.

Vertreter\*innen der organisierten Zivilgesellschaft sollten zunächst ihre inneren Widersprüche bearbeiten und dabei auf externe Beratungsangebote wie mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus zurückgreifen, um gemeinsam Leitlinien und Satzungen zu entwickeln, in denen klare Positionierungen gegen Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verankert sind. Ein weiterer Schritt zum Abbau von Unsicherheiten sind interne Weiterbildungen sowie eine externe Vernetzung von Organisationen, um gemeinsame Erfahrungen und Strategien zu reflektieren.

Von besonderer Bedeutung ist zudem eine aufmerksame Öffentlichkeit, die Zivilcourage zeigt, indem sie für Werte wie Demokratie und Humanität einsteht. Auch hierbei bietet es sich an, externe Hilfe durch Expert\*innen in Anspruch zu nehmen, sich mit anderen Personen zu vernetzen und bestenfalls als Gruppe zu organisieren. Das wirksamste Mittel gegen Rechtsextremismus ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die Haltung zeigt sowie klare Vorstellungen von einem vielfältigen Miteinander vertritt und sich zu demokratischen Werten bekennt.

Soziale Arbeit ist als Teil der Zivilgesellschaft immer auch in gesellschaftliche Prozesse involviert. Dadurch treten rechte Interventionen ebenso in den Angeboten der Sozialen Arbeit auf. Auch wenn derzeit keine Anzeichen einer systematischen Unterwanderung

von Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit vorliegen, gibt es eine Vielzahl rechter Eingriffe, die sich auf verschiedenen Ebenen gegen kulturelle und sexuelle Vielfalt, Toleranz und Offenheit gegenüber Minderheiten äußert. Eine Gefahr besteht vor allem auch darin, dass es rechten Akteur\*innen zum Teil gelingt, durch eine bewusst bürgerliche Attitüde ihre wahre Intension zu verschleiern.

Die Kernaufgabe der Sozialen Arbeit besteht darin, kein Vakuum entstehen zu lassen, in dem sich Versuche der Einflussnahme bilden können. Wie unter Punkt 6.3 zusammengefasst, bedarf es gut abgestimmter Strategien seitens der Träger und Einrichtungen im Umgang mit rechten Eingriffen. Die wichtigsten Punkte in diesem Kontext sind:

1. Wissen sammeln und sensibilisieren → Angebote externer Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Anspruch nehmen, Mitarbeiter weiterbilden
2. Stellung beziehen und positionieren → Erfüllung der Menschenrechte, demokratische und antirassistische Haltung als konzeptionelle Verpflichtung
3. Bündnisse schaffen und eingehen → entindividualisieren, gemeinsam gegen Extremismus engagieren
4. Land wiedergewinnen → Gegenveranstaltungen, wie Bürgerfeste oder Friedensdemos an Orten, wo extrem Rechte auftreten; demokratische Positionen auch im Internet vertreten (vgl. Gille/Jagusch 2019b: 98ff).

Es wird deutlich, dass es für komplexe Problemlagen keine einfachen Lösungen gibt. Im Umgang mit nationalistischer Agitation ist die offene Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen gefordert individuelle Lösungen zu finden. Gleichzeitig ist es wichtig miteinander in Austausch zu gehen, Netzwerke zu bilden und eine klare Haltung zu demonstrieren, die für demokratische Werte einsteht und diese verteidigt. Zudem sollten sich Akteur\*innen aus Politik und organisierter Zivilgesellschaft verstärkt mit den Ursachen der geschilderten Problemlagen auseinandersetzen und diesbezüglich handeln. Dazu gehört es, kommunale Umbrüche ebenso kritisch zu hinterfragen, wie die zunehmende Zentralisierung öffentlicher Institutionen. Es sollten außerdem Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, um die Handlungsfähigkeit der Menschen zu steigern und deren Glauben an die Demokratie zu stärken (vgl. Beetz 2018: 14). Weiterhin ist es notwendig, öffentliche Strukturen beizubehalten, diese bestenfalls systematisch auszubauen und nicht weiter durch finanzielle Kürzungen zu schwächen.



## Literatur- und Quellenverzeichnis

### Literaturverzeichnis

Achour, Sabine (2021). Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Apelle zur politischen Bildung. In: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021. Küpper, Beate/Zick, Andreas (Hg.). Bonn. S. 311-329.

Amadeu Antonio Stiftung (2019). Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD: Berlin. Amadeu Antonio Stiftung.

Beetz, Stephan (2018). Peripherisierung und Radikalisierung in ländlichen Räumen. Soziologische Erkenntnisse für das Gemeinwesen. In: Kirche im ländlichen Raum. Nr. 69. EDL (Hg.). Altenkirchen. S.13-14.

Berg, Lynn/Üblacker, Jan (2020). Eine Einführung zu Band. In: Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hg.). Transcript. Bielefeld. S. 9-17.

Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate/Rump, Maike/Zick, Andreas (2021). Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Die geforderte Mitte (2021). Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021. Küpper, Beate/Zick, Andreas (Hg.). Dietz. Bonn. S. 43-74.

Dellenbaugh-Losse, Mary/Homeyer, Jamela/Leser, Julia/Pates, Rebecca (2020). Toxische Orte? Faktoren der regionalen Anfälligkeit für völkischen Nationalismus. In: Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hg.). Transcript. Bielefeld. S. 47-81.

Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas/Küpper, Patrick/Neumeier, Stefan/Osigius, Torsten (2020). Von der Erzählung vom "abgehängten ländlichen Raum". In: Aktuelle Analysen Nr. 76. Rechtes Land? Demokratie stärken. Silke Frank (hg.). Hanns Seidel Stiftung. München. S. 40-51.

Diertrich, Kai (2022). Jugend „Deutsch on frei...“. Fachkräfte der Jugendarbeit in Auseinandersetzung mit völkischem Nationalismus und Neonazismus als Teil lokaler Gemeinwesenkonfigurationen. In: Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit.

Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten. Chehata, Yasmin/Gille, Christoph/Jagusch, Birgitt (Hg.). Weinheim. Beltz Juventa.

Franke, Nils (2020). Braune Ökologie – Naturschutz von rechts außen. In: Aktuelle Analysen Nr. 76. Rechtes Land? Demokratie stärken. Silke Frank (hg.). Hanns Seidel Stiftung. München. S. 75-81.

Geschke, Michael (2020). Völkische Siedler und braune Ideologie. In: Aktuelle Analysen Nr. 76. Rechtes Land? Demokratie stärken. Silke Frank (Hg.). Hanns Seidel Stiftung. München. S. 67-73.

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019a). Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen: In: FGW-Impuls. Berg, Lynn/Zick, Andreas (Hg.). Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03: Düsseldorf. Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019b): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen. In: FGW-Studie. Berg, Lynn/Zick, Andreas (Hrsg.). Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03: Düsseldorf. Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Greef, Samuel/Heller, Lukas/Schroeder, Wolfgang/Ten Elsen, Jennifer (2020). In: Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster. Otto Brenner Stiftung (Hg.). OBS-Arbeitsheft 102

Heitmeyer, Wilhelm (2014). Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In: Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge. Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.). Springer VS. Wiesbaden. S. 131-146.

Hellwig, Marius (2018). „Naturschutz ist Heimatschutz“ - völkischer Rechtsextremismus im Naturschutz. In: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.). Berlin.6-8.

Hellwig, Marius (2020a). Land unter? Handlungsempfehlungen zum Umgang mit völkischen Siedler\*innen. Amadeu-Antonio-Stiftung (Hg.). Berlin.

Hellwig, Marius (2020b). Nazis raus! Aber wohin? Handlungsempfehlungen zum Umgang mit völkischen Rechtsextremen in ihrem Umfeld. In: Naturliebe und Menschenhass. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Erfurt. S. 56 – 58.

Hufer, Klaus-Peter (2018). Neue Rechte, altes Denken: Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker. 1. Auflage. Weinheim. Beltz Juventa.

Hufer, Klaus-Peter/Schudoma, Laura (2022). Die Neue Rechte und die rote Linie. Weinheim. Beltz Juventa.

Kauhausen, Klara/Passeick, Yannick (2020). Völkisch-zertifizierter Ökolandbau. In: Naturliebe und Menschenhass. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Erfurt. S. 41-43.

Kellershohn, Helmut (2014). Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus.

<https://www.diss-duisburg.de/2014/11/voelkischer-nationalismus-und-rechtspopulismus/>, verfügbar am 16.11.2022

Kulturbüro Sachsen e.V. (Hg.) (2021). Völkische Siedler\*innen in Sachsen. In: Monitorium Rechts Nr. 4. Dresden

Lehnert, Esther (2020). Völkische Siedler\*innen – Erziehungsvorstellungen und Gender. In: Naturliebe und Menschenhass. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Erfurt. S. 44-47.

Nicolaisen, Lukas/Passeick, Yannick (2018). Vorwort. In: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.). Berlin. S. 5.

Nowak, Falk (2017). „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen. Amadeu-Antonio-Stiftung Hg.). Hannover.

Pöhlmann, Matthias (2020). Familienlandsitze und rechte Verschwörungsesoterik. Die Anastasia-Bewegung verbreitet antidemokratisches und antisemitisches Gedankengut. In: Naturliebe und Menschenhass. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Erfurt. 32-34.

Puschner, Uwe (2016). Die völkische Bewegung.

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/230022/die-voelkische-bewegung/>, verfügbar am 24.10.2022

Schmidt, Anna (2014). Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. Amadeu-Antonio-Stiftung (Hg.). Berlin.

Röpke, Andrea (2020a). Ideologie und Geschichte der völkischen Bewegung. In: Naturliebe und Menschenhass. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Erfurt. S. 4-9.

Röpke, Andrea (2020b). Sachsen-Anhalt: Projekte völkischer Landnahme. In: Naturliebe und Menschenhass. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) Erfurt. S. 19-23.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2021). Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. 3. Auflage. Berlin, Ch. Links.

Salzborn, Samuel (2017). Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. 1. Auflage. Weinheim. Beltz Juventa.

Simon, Titus (2020). Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen. In: Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hg.). Transcript. Bielefeld. S. 155-175.

### Quellenverzeichnis

Amadeu-Antonio-Stiftung (2021). <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wie-politisch-ist-biogemuese-67391/>, verfügbar am 08.11.2022

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-ist-rechtsextremismus/>, verfügbar am 21.11.2022

Autoritäre Dynamiken (2020). Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Psychosozial-Verlag. Gießen.

Ayyadi, Kira (2022). Neonazistische Umzugshilfe von West nach Ost. <https://www.belltower.news/zusammenruecken-in-mitteldeutschland-neonazistische-umzugshilfe-von-west-nach-ost-129021/>, verfügbar am 12.11.2022

Bpb.de. Bundeszentrale für politische Bildung (ohne Jahr).

<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500830/artgemeinschaft/>, verfügbar am 05.11.2022

Bundeswahlleiter (Hg.) (2021). Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 3. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen. Wiesbaden.

Die geforderte Mitte (2021). Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021. Küpper, Beate/Zick, Andreas (Hg.). Friedrich-Ebert-Stiftung

Duden (ohne Jahr) <https://www.duden.de/rechtschreibung/voelkisch>, verfügbar am 25.10.2022

Puschner, Uwe (19. Juni 2020). Böse Stadt, gutes Land [Audio-Podcast]. In: Rechtsextreme Rückzugsräume. Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://open.spotify.com/episode/5Ti241AbZrc6FkKMEYzM8s?si=82cfc9da03de4ef9>, verfügbar am 27.10.2022

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

<https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf>, verfügbar am 02.12.2022

## Selbständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, Ronny Burgermeister, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Hohenstein-Ernstthal, den 16. Dezember 2022

Unterschrift: